

Die deutsche Linke und der Antisemitismus

Angelika Timm (Hg.)



Die deutsche Linke und der Antisemitismus

Angelika Timm (Hg.)

Ausgewählte Zeugnisse der Antisemitismusdebatte
in der Partei DIE LINKE



Tel Aviv 2012

Rosa-Luxemburg-Stiftung (CC)
Israel-Büro
26 Nachmani St, P.O.Box 536
61004 Tel Aviv - Jaffa
Israel

ISBN: 978-965-91811-1-7

Übersetzung aus dem Deutschen: Harel Cain: Vorwort, Keßler/Lederer, Kurzbiografien
Rayah Noy: Ullrich, Dokumente 21.5.2011, 7.6.2011, 28.6.2011

Texteditorinnen Hebräisch: Efrat Even Tzur, Tamar Almog

Texteditor Deutsch: Klaus Timm

Grafische Gestaltung: Galit Cohen-Vitos und Yafit Shachentov Cohen

Druck: Sdar Tzalam printing, Levanda 30, Tel Aviv - Jaffa

© 2012, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Alle Rechte vorbehalten.

Inhalt

Vorwort		7
Mario Keßler/ Klaus Lederer	DIE LINKE, Israel und der Antisemitismus: Thema beendet?	17
Peter Ullrich	Der Nahostkonflikt – Spielfeld für einen neuen Antisemitismus von links? <i>Ein deutsch-britischer Diskursvergleich</i>	39
Ausgewählte Dokumente der Partei DIE LINKE:		
	Position zum Nahostkonflikt <i>Beschluss der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag vom 20. April 1010</i>	57
	DIE LINKE weist Antisemitismus-Vorwürfe zurück <i>Erklärung des Parteivorstands der Partei DIE LINKE vom 21. Mai 2011</i>	61
	Entschieden gegen Antisemitismus <i>Beschluss der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag vom 7. Juni 2011</i>	62
	Offener Brief von acht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vom 12. Juni 2011	63
	Kritik an israelischer Regierungspolitik ist kein Antisemitismus <i>Beschluss der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag vom 28. Juni 2011</i>	65
Kurzbiografien der Autoren		67



Vorwort

Auf Antrag aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien beschloss das Parlament am 4. November 2008, „den Kampf gegen Antisemitismus zu verstärken und jüdisches Leben in Deutschland weiter zu fördern“. Ein Jahr später wurde ein unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus ins Leben gerufen. In seinem 2012 veröffentlichten Bericht konstatierte dieser: „Antisemitismus hat in der politischen Kultur des demokratischen Deutschland keinen Platz, denn er gilt als historisch delegitimiert“. Zugleich jedoch gestand er ein: „Gerade ob seiner Bannung im öffentlichen Raum ist Antisemitismus - so paradox das klingen mag - in der Realität der Bundesrepublik überaus präsent, und das auf vielschichtige Weise“.¹

Vor dem Hintergrund des von Deutschen geplanten und ausgeführten millionenfachen Judenmords während der nationalsozialistischen Herrschaft ist die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit im heutigen Deutschland nach wie vor von erstrangiger Bedeutung. Obwohl ein weitgehender Konsens existiert, dass Judenfeindschaft keinen Raum in der Gesellschaft finden darf und ihr konsequent entgegen getreten werden muss, werden politischer Diskurs, Geschichtsdebatten, Parteienstreit, Medien, Kultur und Alltag immer wieder von antisemitischen Vorkommnissen begleitet. Im Jahr 2010 wurden in der Bundesrepublik 1268 antisemitisch motivierte Straftaten registriert; jeder sechste Deutsche vertritt traditionell antisemitische Meinungen, z. B. die Auffassung, Juden hätten in Deutschland zu viel Einfluss.²

Auch deutsche Linke betrachten die konsequente Auseinandersetzung mit offenem und verdecktem Antisemitismus als unerlässliche Pflicht. Die mit 76 Abgeordneten im Bundestag vertretene Partei DIE LINKE nahm 2009 die Bekämpfung des Antisemitismus in ihr Wahlprogramm auf.³ Gemeinsam mit ihrer Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus führte sie im Januar desselben Jahres eine viel beachtete Konferenz zum Thema „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und

¹ Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Berlin 2012, S. 5f.

² Ebd., S. 55.

³ DIE LINKE: Konsequenz sozial. Für Demokratie und Frieden. Bundeswahlprogramm 2009, S. 47f.

Rassismus – Für Demokratie, Vielfalt und Toleranz“ durch. Aus Anlass des 70. Jahrestages der Wannseekonferenz erklärten Parteivorstand und Bundestagsfraktion im Januar 2012: „DIE LINKE wird überall Faschismus, Rassismus und Antisemitismus anprangern, ohne Ausnahme.“⁴

Trotz geschichtlicher und aktueller Sensibilität wurden das jüdische Thema bzw. der Antisemitismusvorwurf in jüngster Vergangenheit in der Bundesrepublik nicht selten politisch instrumentalisiert oder im Wahlkampf themenfremd missbraucht. Insbesondere die deutsche Linke, nicht zuletzt Politiker der Partei DIE LINKE, wurden 2011 des Antizionismus und Antisemitismus geziehen⁵ – ob im Einzelfall zu Recht oder ungerechtfertigt, sei dahingestellt. Bei den Vorwürfen wie auch in der mit hoher Emotionalität geführten anschließenden Debatte wurden historische Bezüge und aktuelle über Deutschland hinausreichende Bezugsebenen häufig außer Acht gelassen. Verschiedenartige Sachverhalte wurden unstatthaft gleichgesetzt. Die Kurzschlussargumentation folgte nicht selten einem einfachen Grundmuster: Wer im öffentlichen Diskurs die Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung kritisiert bzw. das von ihr vertretene politisch-historische – konservativ-zionistische – Narrativ anzweifelt, gilt per se als Feind Israels ergo als Gegner des jüdischen Volkes ergo als Antisemit. Und damit stehe er verquer zur deutschen Staatsräson bzw. zur gültigen *political correctness*. Dem sei entgegengehalten: Obwohl zwischen Begriffen wie Israelkritik, Antizionismus und Antisemitismus inhaltliche Korrelationen existieren, handelt es sich nach Entstehung und Wesen doch um jeweils eigenständige Sachverhalte und Kategorien, die sich berühren, zu einander in Beziehung stehen, sich nicht selten auch überlagern, jedoch nicht gleichgesetzt werden können und dürfen.

Antisemitismus, verstanden als Judenfeindschaft bzw. Verfolgung und Diskriminierung von Juden, weil sie Juden sind, hat religiöse, soziale und politische Wurzeln; er war und ist mit nationalistischem und rassistischem Gedankengut verquickt. Bei der Benennung antisemitischer Erscheinungen sind gesellschaftlicher Kontext, Träger, Zielrichtungen u. a. Aspekte zu berücksichtigen. Die Arbeitsdefinition des *European Union Monitoring Centre on Racism and Xenophobia* (EUMC) von 2005 lautet: „Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden,

⁴ Linke-jugend-md.blogspot.com/2012/01/zorn-scham-und-trauer-70-jahre.html (27.1.2012).

⁵ Vgl. u. a. Samuel Salzborn/Sebastian Voigt, Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, in: Zeitschrift für Politik 58, Nr. 3 (2011), S. 290-309.

die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“⁶

Antizionismus lehnt den Zionismus als nationale Idee und Nationalbewegung des jüdischen Volkes ab und charakterisiert ihn als kolonialisatorischen Nationalismus, mitunter auch als Rassismus. Die verbreitete Gegnerschaft von Linken zum Zionismus war und ist Teil einer Weltsicht, die Nationalismus nur bedingt für progressiv hält und ihm den Internationalismus entgegenstellt.

Antizionistische Positionen können, auch in linken Bewegungen, unterschiedlich motiviert sein bzw. verschiedenartig artikuliert werden. Eine der Inkonsequenzen im antizionistischen Credo W. I. Lenins lag z. B. darin, dass er zwar zwischen dem Nationalismus unterdrückter und unterdrückender Nationen unterschied, den Juden als einem besonders stark sozial diskriminierten und national unterdrückten Volk jedoch keine eigenen nationalen Ambitionen im Sinne der Eigenstaatlichkeit zugestand. Der Antizionismus Stalins, der den in Russland lebenden Juden immerhin den Status einer Nationalität und ein Siedlungsgebiet im Fernen Osten gewährte, nährte sich dagegen in hohem Maße aus einem ausgeprägten Antisemitismus, jedoch auch aus machtorientierten Intentionen. In der DDR und in den ost- und südosteuropäischen Staaten des Warschauer Vertrags stand Antizionismus in engem Zusammenhang mit sowjetischer Innen- und Außenpolitik; nicht selten wurde er in den jeweils eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessenlagen, z. B. gegenüber der Nahostregion, gebrochen.

Antizionismus bzw. Israelfeindschaft in arabischen Staaten waren primäre Reaktionen auf die zionistische Landnahme in Palästina und später auf die Regionalpolitik des Staates Israel. Auch der viel beschworene „islamische Antisemitismus“ resultiert, in gegenwärtiger Ausprägung, vorrangig aus der Realität des Nahostkonflikts. Er sollte daher eher als spezifische Variante des Antizionismus charakterisiert werden. Der Islam enthält zahlreiche spirituelle Anleihen aus den beiden älteren monotheistischen Religionen. Juden wie Christen wurde im Islam – als „Besitzer

⁶ <http://www.european-forum-on-antisemitism.org/working-definition-of-antisemitism/deutsch-german/> (27.1.2012).

des Buches“ – ein geachteter Stellenwert zuerkannt. Inner- und interreligiöser Streit bzw. historische Phasen religiöser Intoleranz vermochten die Nähe zwischen den drei abrahamitischen Religionen nicht grundlegend in Frage zu stellen.

Zum Antizionismus sei zusätzlich angemerkt, dass - auch seitens vieler linker Verteidiger oder Kritiker des Zionismus - die Ursachen und der Kontext für die Herausbildung und Entwicklung der jüdischen Nationalbewegung, deren frühe ideelle und organisatorische Aufspaltung in unterschiedliche Flügel oder die Facettenbreite historischer bzw. gegenwärtiger zionistischer Parteien weitgehend ignoriert werden. Die Lust am Generalisieren bzw. die Vorliebe für vereinfachende Erklärungsmuster stehen häufig über der Pflicht zu sorgfältig differenzierender Analyse. Hinzu tritt, dass in dem Maße, wie in der aktuellen Politik der israelischen Regierungskoalition die undemokratischen Elemente im Zionismus, etwa die revisionistisch-nationalistischen Ideen eines Zeev Jabotinsky oder die Siedlerideologie von *Gusch Emunim* (Block der Getreuen), die Oberhand über liberale und demokratische Tendenzen gewinnen, sich weltweit – so der prominente liberale US-Publizist Peter Beinart in seiner viel beachteten Studie über „The Crisis of Zionism“ – die Infragestellung des Zionismus verstärkt.⁷

Haltung zu Israel und *den* Israelis: Die häufig anzutreffenden generalisierenden Urteile gegenüber Israel und seinen Bürgern - seien sie positiv oder negativ ausgerichtet - werden der Realität ebenso wenig gerecht wie die auf andere Staaten und Völker bezogenen pauschal idealisierenden Freund- oder dämonisierenden Feindbilder. Jede ernsthafte Beschäftigung mit Israel sollte von den realen Gegebenheiten ausgehen. Dazu gehören vor allem das Existenzrecht und die Sicherheit des Staates und seiner Bürger, jedoch auch die Akzeptanz innergesellschaftlicher Widersprüche und Klüfte, die wirklichkeitsnahe Sicht auf die Stärken und Schwächen der israelischen Demokratie, die Achtung vor Schicksalen und Verdiensten der jüdischen und arabischen Werktätigen des Landes u. v. a. m. Jede politische und ideelle Sonderbewertung Israels und seiner Bevölkerung ist ignorant; sie bedient latenten Antisemitismus. Kritik und Schuldzuweisungen in Politik und Alltagssprache richten sich zudem häufig pauschal auf „Israel“ oder „*die* Israelis“, wenn ursächlich die Verantwortung der israelischen Regierung oder des Militärs gemeint ist.

⁷ Vgl. u. a. International Herald Tribune vom 14. Februar 2012, S. 6.

In der deutschen Debatte über Israel und Nahost besteht somit ein dringender Bedarf nach Differenzierung: Die politische Positionssuche kann und sollte durchaus kritische Sichten auf die jeweils die Macht ausübenden politischen Eliten (nicht nur in zugespitzten Krisen und Kriegssituationen, sondern auch hinsichtlich der Verweigerung oder des Abbaus sozialer oder demokratischer Rechte) beinhalten – so wie es bei der Bewertung von Machtverhältnissen und elitärer Interessenwahrnehmung gegenüber jedem anderen Land üblich ist. Parallel dazu ist es unumgänglich, die große Masse der einfachen Bürger und deren Lebensleistungen zu achten, ihre politisch-mentale Situation als gegeben zu betrachten, Verständnis für ihre Verhaltensmuster und ihr konkretes gesellschaftliches Agieren aufzubringen. Aktive Solidarität und Unterstützung sollten in besonderem Maße den antikriegs-, dialog- und zukunftsorientierten, für Demokratie und Partizipation Eintretenden Kräften des jeweiligen Landes entgegen gebracht werden, und zwar - bezogen auf Israel - unabhängig davon, ob es sich um jüdische oder arabische Staatsbürger handelt, ob sie religiös oder säkular motiviert sind und ob sie sich aus zionistischer oder nichtzionistischer Überzeugung für Frieden und Demokratie engagieren.

Kritik an israelischer Regierungspolitik – wie auch an der Politik anderer Regierungen im regionalen Umfeld oder international – ist legitim und moralisch gerechtfertigt, solange sie sachlich bleibt, sich auf reale Außen-, Regional- und Innenpolitik richtet und jegliche fiktive, d. h. ungerechtfertigte und verletzende Gleichsetzung mit extremen historischen oder regionsfremden Negativentwicklungen vermeidet. Das regionale Agieren bzw. die Innenpolitik der gegenwärtigen israelischen Regierung bieten durchaus Anlass zur Kritik oder auch zu vehementem Protest. Versuche, unter dem Deckmantel antiimperialistischer Solidarität oder antizionistischer Kritik das Existenzrecht des Staates Israel generell anzuzweifeln oder antisemitische Klischees zu kolportieren, sollten dagegen eindeutig zurückgewiesen werden.

Wann also ist Israelkritik gerechtfertigt bzw. antisemitisch? Der Soziologe Peter Ullrich benennt vier Kriterien, die plausibel erscheinen: „Wenn man kolonialistische, rassistische, expansionistische etc. Tendenzen der israelischen Politik kritisiert“, - so Ullrich – „sollte man immer mit bedenken, dass

- man keine anderen Maßstäbe an Israel anlegt als an andere auch, oder noch besser: die Maßstäbe, die man an Israel anlegt, auch auf andere anwendet,
- israelische Menschen wie auch die Palästinenser ein Recht auf kör-

perliche Unversehrtheit, Entwicklung, Selbstverwirklichung, kurz: Leben, haben,

- man nicht Jüdinnen und Juden für die Politik Israels in Haftung nimmt,
- man die Politik Israels nicht mit dem Nationalsozialismus gleichsetzt, weil das schlichtweg Blödsinn ist.⁸

Stets auch sollte mitgedacht werden: Nicht alle Israelis sind Juden, nicht alle Juden sind Zionisten und nicht alle Zionisten sind Israelis. Nur eine knappe jüdische Mehrheit hat die gegenwärtige israelische Rechtsregierung ins Amt gebracht; eine achtbare Bevölkerungsminorität setzt sich engagiert für den Erhalt der Demokratie, für soziale Gerechtigkeit und für einen gerechten Friedensschluss mit den Palästinensern ein.

Sind Linke a priori gefeit gegen Antisemitismus? Definitiv nicht. Linke stehen nicht außerhalb der Gesellschaft. Sie werden in ihr sozialisiert und sind ihren – auch antijüdischen – Wirkungen und Stimmungen ausgesetzt. In der deutschen Arbeiterbewegung existierte z. B. stets eine prinzipielle Ablehnung des Antisemitismus. Zugleich gab es nicht selten antijüdische Äußerungen bzw. Angriffe gegen Politiker wie Rosa Luxemburg, Eduard Bernstein, Kurt Eisner, Paul Levi u. a. – und nicht immer übten Mitstreiter aktive Solidarität. Ein anderes Beispiel: Obwohl jüdische Sozialisten in der deutschen Sozialdemokratie und später in der Kommunistischen Partei eine beachtliche Rolle spielten und zahlenmäßig in den Parlamenten des Kaiserreichs und der Weimarer Republik achtbar vertreten waren, stellten sich in der Legislaturperiode des Deutschen Reichstags um 1933 beide Fraktionen als nahezu „judenrein“ dar.⁹ Nur Zufall oder ein Zugeständnis an die um sich greifenden antisemitischen Tendenzen und damit an den Zeitgeist der letzten Tage von Weimar?

Dass das Thema „Linke und Antisemitismus“ im Jahr 2011 eine relativ hohe Medienwirksamkeit erzielte, war nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass sich der Deutsche Bundestag am 25. Mai 2011 in einer von der CDU/CSU-Fraktion beantragten aktuellen Stunde mit „möglichen antisemitischen und israelfeindlichen Positionen und Verhaltensweisen in der Partei Die Linke“ beschäftigte. Antisemitische Tendenzen in den anderen fünf im Bundestag vertretenen Parteien wurden sorgfältig ausgeblendet. Nichtsdestotrotz: Bei aller fremdbestimmten politischen

⁸ <http://www.rosalux.de/news/37619/linker-antisemitismus.html> (24.8.2011).

⁹ Ludger J. Heid, Juden in der deutschen Arbeiterbewegung vor, während und nach dem Grossen Krieg, in: Angelika Timm (Hg.), Spurensuche, Tel Aviv 2009, S. 44.

Instrumentalisierung des Themas handelt es sich offensichtlich um eine Achillesferse auch der Linken - um ein Problem, mit dem sich linke Parlamentarier offen und offensiv auseinandersetzen haben, wollen sie glaubhaft bleiben.

Zu den Wortmeldungen hinsichtlich der unter deutschen Linken geführten Debatten gehören die nachfolgend ins Hebräische übersetzten Positionspapiere von Mario Keßler/Klaus Lederer und Peter Ullrich ebenso wie die Beschlüsse des Parteivorstands bzw. der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE vom April 2010 und vom Mai bzw. Juni 2011. Wenngleich in den Folgemonaten die Diskussion von anderen Fragen überlagert wurde, ist sie nicht abgeschlossen.

Mit vorliegender Publikation soll vor unsachlichen Pauschalisierungen bzw. schnellen Vorverurteilungen gewarnt werden. Sie sei als thematisch begrenzter Beitrag zum vielfältig gespiegelten Streit über Verachtung und Ignoranz gegenüber dem Anderen oder Fremden, über Achtung vor der religiösen oder kulturellen Differenz, jedoch auch als Warnung vor der inflationistischen sachfremden Nutzung von Reizwörtern wie Antisemitismus oder Antizionismus im deutschen politischen Diskurs verstanden. Daran bindet sich die Hoffnung, dass einige der in ihr enthaltenen ideellen Provokationen den interessierten Leser dazu anregen mögen, seinen universellen Blick auf die Welt bzw. sein Nahostbild zu überprüfen und ihnen einige Erfahrungshorizonte hinzuzufügen. Letztere könnten die Verflechtungen zwischen dem großen europäischen Zivilisationsbruch im letzten Jahrhundert und der nachfolgenden nahöstlichen Tragödie beinhalten oder andere historisch-kulturelle Kontinuitäten für das tiefere Verständnis der nachfolgend diskutierten Gegebenheiten umfassen.

Dem sei hinzu gefügt: Die vielfältige interessengeleitete politische Fremdnutzung des Antisemitismusvorwurfs und die sich daran bindenden Debatten machen es schwer, zwischen dem Realen bzw. kritikwürdig Tatsächlichen auf der einen und der sachfremden Instrumentalisierung auf der anderen Seite zu unterscheiden. Hinzu kommt, dass jeder sachlich nicht begründete, politisch motivierte Antisemitismusvorwurf die im Kampf für Menschenrechte, gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung scharfe Waffe stumpf werden lässt. Wer Antisemitismus beschwört, nur um den politischen Gegner zu diffamieren, wer Einzelercheinungen unrechtmäßig verallgemeinert und auf eine gesamte Partei überträgt, um im Wahlkampf zu punkten, aber auch, wer Kritik an Entscheidungen bzw. Aktionen der derzeitigen israelischen

Regierung auf die Schiene des Jüdischen schlechthin schiebt, fördert – gewollt oder ungewollt – antijüdische Vorurteile und Stereotype.

Wie jüngste Studien belegen, gibt es im Deutschland des Jahres 2012 Antisemitismus und Antisemiten quer durch alle Bevölkerungsschichten und in allen Parteien. Die Affären Hohmann (CDU) oder Möllemann (FDP) der Vorjahre beweisen, dass auch konservative deutsche Politiker nicht frei sind von antisemitischen Entgleisungen. Die von hessischen Politikern behaupteten „Vermächnisse jüdischer Kreise“ in der CDU-Spendenaffäre gehören in diesen Kontext. Nie jedoch wurden derartige Vorkommnisse als charakteristisch für die jeweilige Partei gewertet. In der politischen Kultur der BRD gelten offensichtlich unterschiedliche Maßstäbe.

Die innerhalb der deutschen Linken geführten Antisemitismus- und Nahostdebatten wurden nachhaltig stimuliert durch die am 14. April 2008 auf einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus Anlass des 60. Jahrestags des Staates Israel von dem Fraktionsvorsitzenden der Partei DIE LINKE, Gregor Gysi, in Berlin gehaltene Rede „Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel“. Insbesondere der von Gysi positiv zitierte Begriff der „Staatsräson“ erhitze seinerzeit die Gemüter. In welchem Ausmaß und mit welchen Konsequenzen – so wurde nachgefragt – kann und muss das Verhältnis zu Israel Bestandteil deutscher Staatsräson sein?

Unbestritten ist und bleibt, dass aus der deutschen Verantwortung vor der Geschichte, insbesondere für die 50 Millionen Opfer des Zweiten Weltkriegs und mit ihnen für die weitgehende Auslöschung des osteuropäischen und weiter Teile des west- und südosteuropäischen Judentums, eine bleibende Verpflichtung erwächst. Sie impliziert eine spezifische Verantwortung gegenüber Israel als der Zufluchtsstätte von verfolgten oder entwurzelten Juden. Jede politische Partei, jede gesellschaftliche Kraft und jeder deutsche Staatsbürger – auch die Generation der „Nachgeborenen“ – stehen in dieser Verantwortungsgemeinschaft.

Deutsche Staatsräson erschöpft sich jedoch nicht im Verhältnis zum Staat Israel oder in der Bekämpfung des Antisemitismus. Zum politischen Grundbekenntnis gehören unabdingbar auch das Eintreten gegen jede Form extremistischer Ideologie und Aktivität, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für die universelle Wirksamkeit der Menschenrechte – vor allem auch für das Selbstbestimmungsrecht der

Völker bzw. Nationen – *aller* Völker und Nationen. Staatsräson lässt sich somit nicht aufsplitten in politisch bzw. parteipolitisch opportune und in als weniger zweckmäßig erachtete Staatsziele und Verpflichtungen. Wer für das Existenzrecht und die gesicherte Zukunft Israels eintritt, muss Gleiches den Palästinensern zugestehen, will er oder sie vor der Geschichte und vor der internationalen Gemeinschaft bestehen.

Obwohl tief verfeindet, stellen Israelis und Palästinenser eine Art siamesisches Zwillingsspaar dar, durch den Konflikt unheilvoll miteinander verwachsen. Sie von einander zu trennen, erweist sich als extrem schwierig. Sie danach zu „geschwisterlichem“ oder zumindest kooperativem Zusammenleben in einer nahöstlichen *pax semitica* zu veranlassen, dürfte nicht leichter sein. Beide Völker werden eng miteinander verkettet bleiben, teilen sie sich doch ein nur kleines, knapp 28.000 Quadratkilometer umfassendes Territorium am östlichen Mittelmeer, eine Region mit einer Vielzahl gemeinsamer und damit verbindender Existenzprobleme.

Für deutsche, auch linke, Politik, so die jüngste Erfahrung, gilt: Jede Betrachtung oder Bearbeitung des Nahostkonflikts sollte konsequent aus innerdeutschen bzw. innerparteilichen „Lagerkämpfen“ herausgehalten werden. Der Konflikt, mit deutscher bzw. deutsch-jüdischer Geschichte zwar eng verwoben, hat ursächlich andere historische Bezüge und damit auch eigene aktuelle Bearbeitungsebenen. Er verlangt ein regionales wie ein internationales, möglichst ideologiereduziertes Konfliktmanagement, eine strikt realhistorische Sicht und die Stärkung des „sachlich-inhaltlichen Fundaments“ jeder gedanklichen Annäherung bzw. jedes politischen Agierens.

Mit vorliegender Positionsbestimmung deutscher Linker will das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung die in einem Forum mit Theodor Bergmann und Peter Ullrich am 15. Dezember 2011 in Tel Aviv begonnene Diskussion fortsetzen. Insbesondere seien den zahlreichen am Thema interessierten israelischen Bürgern authentische Information und weitere Denkipulse vermittelt. Damit verbindet sich die Erwartung, dass die Debatte auch unter deutschen Linken und über sie hinaus in sachlicher und konstruktiver Weise fortgeführt werde und in produktive Ergebnisse einmünden möge.

Tel Aviv, 1. März 2012

Angelika Timm



Mario Keßler/Klaus Lederer
**DIE LINKE, Israel und der Antisemitismus:
Thema beendet?**

Ohne Gegenstimme beschloss der Vorstand der Partei DIE LINKE am 21. Mai 2011: „Es gehört zum Bestand LINKER Grundpositionen, gegen jede Form von Antisemitismus in der Gesellschaft vorzugehen. Rechts-extremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute nicht und niemals einen Platz. DIE LINKE tritt [...] mit Partnern entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und rechtsextremistische Handlungen auf.“¹ Die Bundestagsfraktion DIE LINKE folgte diesem Beschluss am 7. Juni 2011. Einstimmig, wie ein Fraktionssprecher versicherte, wurde hinzugefügt: „Wir werden uns weder an Initiativen zum Nahost-Konflikt, die eine Ein-Staaten-Lösung für Palästina und Israel fordern, noch an Boykottaufrufen gegen israelische Produkte noch an der diesjährigen Fahrt einer Gaza-Flottille beteiligen. Wir erwarten von unseren persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeitern, sich für diese Position einzusetzen.“²

Kurze Zeit später wurde bekannt, dass sich 15 von 76 Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE an der Abstimmung nicht beteiligt hatten. Fortgesetzt wurde der Beschluss aus den eigenen Reihen kritisiert und auch explizit missachtet. Er sei „undemokratisch und gefährlich“, so die Bundestagsabgeordnete Anette Groth gegenüber der ARD. Zugleich sei er eine „Aufkündigung der internationalen Solidarität“³. Das Votum, so ergänzte sie in einer persönlichen Erklärung, sei „nur durch psychologischen Druck zustande“ gekommen und werde von ihr nicht mitgetragen.⁴ Andere Abgeordnete dagegen, so die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau⁵, verteidigten die gefundene Position vehement und nachdrücklich als existenziell für DIE LINKE.

Die Emotionalität der öffentlichen Debatte nahm Züge an, die Beobachter daran zweifeln ließen, dass die linke Bundestagsfraktion die Ausein-

¹ <http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/beschluesse/linke-weistanisemitismusvorwurferzurueck/> (gesehen am 24. Juli 2011).

² Vgl. <http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/entschieden-gegen-antisemitismus-2011-06-07/> (gesehen am 24. Juli 2011).

³ <http://www.tagesschau.de/inland/linkspartei300.html> (gesehen am 24. Juli 2011).

⁴ Vgl. www.groth.die-linke-bw.de (gesehen am 11. Juni 2011).

⁵ http://www.petrapau.de/17_bundestag/dok/110611_an_antisemitismus-beschluss.htm (gesehen am 24. Juli 2011).

andersetzung unbeschadet überstehen werde. Mit dem Ziel, die Wogen zu glätten, wurde am 28. Juni 2011 per Beschluss nachgelegt: „Wir werden als Linke weiterhin die Politik der israelischen Regierungen gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern öffentlich kritisieren, wann immer dies wegen deren Völker- und Menschenrechtswidrigkeit notwendig ist. [...] Es ist nicht hinnehmbar, wenn einer derartigen Kritik an der Politik der israelischen Regierung mit dem Vorwurf des Antisemitismus begegnet wird. Wir werden nicht zulassen, dass Mitglieder unserer Fraktion und Partei öffentlich als Antisemiten denunziert werden, wenn sie eine solche Politik der israelischen Regierung kritisieren. [...] Die inflationäre Verwendung des Begriffs des Antisemitismus schadet dem Kampf gegen ihn.“⁶ Dem ZDF-Magazin *Berlin direkt* gegenüber erklärte Bundestagsfraktionschef Gregor Gysi anschließend: „Ich glaube, das Thema ist beendet.“⁷ Ist es in der Tat beendet?

Historische Positionen der Arbeiterbewegung zu Antisemitismus und Zionismus

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Haltung zum Antisemitismus und zum Zionismus in der Geschichte der Linken immer ein widersprüchliches Feld war. Nach anfänglicher Ignoranz oder ostentativer Abwehr, so durch Karl Marx, befasste sich die Arbeiterbewegung seit etwa 1880 mit dem Antisemitismus. Der Schriftsteller Wilhelm Marr hatte den Begriff soeben „hoffähig“ gemacht. Schon früh zeichneten sich zwei Tendenzen ab: Einerseits bekämpfte die internationale Arbeiterbewegung den Antisemitismus, andererseits unterschätzte sie ihn. Es gab Stimmen (so von Victor Adler), die Antisemiten als irregeleitete Sozialisten sahen. Die ab 1896 entstehende zionistische Bewegung stieß mehrheitlich auf Ablehnung. Es gab jedoch auch zionistenfreundliche Stimmen, die aber oftmals, hier der bürgerlichen Meinung folgend, den Zionismus als kolonisatorisch-zivilisatorisches Element inmitten des „wildem“ Nahen Ostens ansahen, was nicht selten chauvinistische Positionen gegenüber den Arabern Palästinas implizierte. Die Zukunft der Juden freilich läge in Europa. Ohnehin würden sie sich immer mehr ihrer nichtjüdischen Umwelt angleichen. Sozialistische Theoretiker wie Karl Kautsky und Otto Bauer befürworteten konsequenterweise die Integration der Juden durch Assimilation.

⁶ <http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/beschluss-fraktion-linke-28-juni-2011/>.

⁷ So zitiert in: André Anchuelo, Kampf gegen die Inflation, in: *Jungle World*, Nr. 26, 30. Juni 2011.

Osteuropäische Revolutionäre, z. B. Lenin und Trotzki, sahen die Dinge differenzierter. Ihnen galten die kompakt lebenden, zumeist Jiddisch sprechenden Juden Osteuropas als Nation bzw. Nationalität, deren Streben nach national-kultureller Autonomie sich aber der zweckgerichteten Einheit der Arbeiterbewegung unterzuordnen habe. Letztlich würde sich die „jüdische Frage“, wie alle anderen nationalen Fragen, im Rahmen der sozialistischen Revolution lösen. Die Bolschewiki lehnten daher sowohl den Zionismus als auch national-jüdische Autonomiebestrebungen innerhalb der Diaspora ab. Dagegen förderten sie zunächst die jiddische Kultur.

In der Weimarer Republik bekämpften die Linken, trotz einiger Entgleisungen in SPD und KPD, den Antisemitismus der aufkommenden Nazibewegung, wenngleich sie oft dessen Dynamik unterschätzten. Die Nationalsozialisten mussten erst die deutsche organisierte Arbeiterbewegung zerschlagen, bevor sie ans „Werk“ der Entrechtung, Vertreibung und schließlich Ausrottung der Juden gehen konnten.

1945 bis 1990: Der Umgang mit dem politischen Erbe deutscher Linker in Ost und West

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Niederwerfung Nazi-deutschlands durch die Antihitlerkoalition war der Antifaschismus der zentrale Bezugspunkt aller Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung. Die unmittelbare Nachkriegsphase währte jedoch nicht lange: Der Umgang mit dem Erbe des Antifaschismus differenzierte sich entlang der Frontlinien des aufkommenden Kalten Krieges. Antifaschismus und Demokratie fielen auseinander. Vereinfacht gesagt: In Westdeutschland entstand eine funktionierende Demokratie, zunächst jedoch ohne ausreichende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, d. h. ohne ein prononciert antifaschistisches Bewusstsein. In Ostdeutschland wurde der Antifaschismus zur Staatsdoktrin erhoben; der demokratische Diskurs über die jüngste Vergangenheit jedoch wurde recht bald eingeeengt bzw. unterbunden.

Die DDR-Führung sah sich nicht in der Verantwortung für das Geschehen zwischen 1933 und 1945. Der kommunistische Widerstand gegen den Nazismus habe, so ihre offizielle Perspektive, in der Gründung des ostdeutschen Staates seine konstruktive Vollendung gefunden. Die DDR nahm für sich in Anspruch, die gesellschaftlichen Zustände, die die Nazidiktatur erst ermöglicht hatten, überwunden zu haben. Der nicht-

kommunistische und der antistalinistische Widerstand fanden, trotz Anstrengungen einzelner Historiker, zunächst kaum Beachtung. Auch die Restitution geraubten Eigentums jüdischer Verfolgter auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, später der DDR, wurde, nach anfänglicher Offenheit in einigen Ländern der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), mit der Begründung abgelehnt, die DDR stehe – im Gegensatz zur Bundesrepublik – in keinerlei historischer Kontinuität zum Nationalsozialismus. Die neue „sozialistische Eigentumsordnung“ mache eine Rückgabe gestohlenen, vor allem jüdisch-kapitalistischen, Eigentums unnötig und unmöglich. Mit den Reparationsverpflichtungen an die UdSSR im Rahmen der Übereinkünfte der Siegermächte habe der ostdeutsche Staat seiner historischen Verantwortung zudem Genüge getan.

1948 wurde der Staat Israel gegründet. Mit dem auch für viele Angehörige der Arbeiterbewegung unvorhersehbaren und unvorstellbaren historischen Vorgang der fabrikmäßig organisierten Vernichtung der Juden während des Nationalsozialismus hatte der Zionismus eine furchtbare Rechtfertigung erfahren. Der deutsche Faschismus hatte andererseits Sympathien nicht nur bei vielen europäischen Machthabern, sondern auch bei jungen Nationalbewegungen – etwa im arabischen oder im indischen Raum – für sich verbuchen können. Die Flüchtlingskonferenz von Evian 1938 hatte als Fiasko geendet. Vertreter von 28 Nationen sahen sich nahezu einhellig außerstande, irgendetwas für die von den Nationalsozialisten und ihren Handlangern verfolgten Menschen tun zu können. Der globalen Gemeinschaft gelang es in der Folgezeit nicht, Millionen europäischer Juden vor der Vernichtung in Nazideutschland zu schützen und die Flüchtigen zu retten. Der ungeheure Zivilisationsbruch von Auschwitz machte die Gründung einer eigenen Heimstätte für das jüdische Volk andererseits zu einem unabdingbaren Erfordernis und zwar völlig unabhängig davon, ob sich die Mehrheit der Einwanderer nach Israel als Zionisten verstand oder nicht.

Die SED, führende Partei in Ostdeutschland, hatte zunächst – wie die Sowjetunion – die Staatsgründung Israels mit Verweis auf die Lehren von Auschwitz begrüßt. Waffen der zerschlagenen deutschen Armee, in der Tschechoslowakei gelagert, wurden auf Moskaus Geheiß an den jungen Staat Israel geliefert. Sie trugen dazu bei, diesem gegen den sofort mit der Staatsausrufung beginnenden Angriff seiner arabischen Nachbarn im Unabhängigkeitskrieg 1948/49 das Überleben zu sichern. Nachdem sich Stalins Erwartungen in einen neuen Verbündeten im Nahen Osten jedoch nicht erfüllten und das kapitalistische Israel zudem unter sowjetischen

Juden große Sympathie gewann, steuerte der Moskauer Diktator nicht nur einen anti-israelischen Kurs. Er begann in antisemitischer Manier auch damit, die sowjetisch-jüdischen Intellektuellen, von denen ihn nunmehr jeder an seinen Erzfeind Trotzki zu erinnern schien, zu verfolgen.

Die von der UdSSR abhängige DDR musste „nachziehen“, und sie zog nach. Wie die Tschechoslowakei mit dem Slánský-Prozess sollte auch Ostberlin durch „Entlarvung“ von „Parteifeinden“ seine Unterordnung unter Moskau nachweisen. Angesichts der jugoslawischen Revolte gegen die sowjetische Vorherrschaft drängte Moskaus Hoher Kommissar Wladimir Semjonow zur Eile. Ursprünglich ins Fadenkreuz geratene mögliche Kandidaten für einen Schauprozess wie Alexander Abusch oder Gerhart Eisler – zwei Juden – schieden jedoch aus. Im Dezember 1952, sieben Jahre nach Auschwitz, wurde dagegen ein Nichtjude und „Prozionist“, der Kommunist Paul Merker, zum Opferlamm. Er hatte sich engagiert für eine „Wiedergutmachung“ der deutschen Verbrechen an den Juden eingesetzt und Entschädigung für im Ausland lebende Juden gefordert. Mit dem Nazi-Terminus der „Verschiebung deutschen Volksvermögens“ wurde er nunmehr in Ostberlin gebrandmarkt.⁸ Auch Stalins Tod am 5. März 1953 verhinderte Merkers Verurteilung nicht – nunmehr in einem Geheimprozess. 1956 aus der Haft entlassen, wurde er nur halbherzig rehabilitiert. In der DDR blieb das Schicksal Paul Merkers lange ein Tabu, das die Geschichtsaufarbeitung nachhaltig und negativ beeinflusste.

Der „erste sozialistische Staat auf deutschem Boden“ bestand darauf, die Wurzeln von Faschismus und Antisemitismus „mit Stumpf und Stiel“ ausgerottet zu haben. Antisemitische Stereotype und antijüdische Vorfälle in der SBZ/DDR wurden mit diesem Argument – trotz mutiger Thematisierung durch Einzelne – heruntergespielt oder relativiert. Jüdinnen und Juden verließen nach wie vor das Land. Sechs von sieben jüdischen Gemeindevorstehern, darunter auch der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Ostberlin, der Kommunist und Volkskammerabgeordnete Julius Meyer, hatten bis 1953 der DDR den Rücken gekehrt. Für die offizielle DDR jedoch galt: Mit der Beseitigung der ökonomischen Verhältnisse, die die braune Diktatur ermöglicht hatten, sei auch

⁸ Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slánský. Beschluss des ZK der SED vom 20. Dezember 1952, in: Dokumente der SED, Bd. 4, Berlin [DDR] 1954, S. 199-219; Teilnachdruck in: Mario Keßler, Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, Zitat hier S. 154.

das Thema Antisemitismus grundsätzlich „überwunden“. Aktuelle Friedhofsschändungen, antisemitische Beschimpfungen und antijüdische Verfolgungen hätten ihre Wurzeln ausschließlich in der Vergangenheit oder beim „Klassengegner“ im Westen – nicht jedoch in den Verhältnissen der DDR und schon gar nicht in deren offizieller Sicht auf den Staat Israel.

Als die Sowjetunion zunehmend eine israelfeindliche Position bezog, musste die DDR nachziehen. Sie tat es mit besonderer Vehemenz, hatte sie doch aufgrund des außenpolitischen Boykotts infolge der „Hallstein-Doktrin“ der Bundesrepublik ein spezifisches Interesse an guten Beziehungen zu Israels Feinden in der arabischen Welt. Ägypten und Syrien etwa versprachen ein Durchbrechen der diplomatischen Isolation. Und in der Tat nahm die DDR zu einer Reihe arabischer Staaten – erstmals außerhalb des sozialistischen Lagers – diplomatische Beziehungen auf, vier Jahre, nachdem die Bundesrepublik und Israel 1965 den Austausch von Botschaftern vereinbart hatten. So wurde der Feldzug gegen den Zionismus bzw. den „zionistischen Vorposten des Imperialismus im Nahen Osten“ ein bis in die 1980er Jahre aus eigenem Antrieb gepflegter fester Bestandteil der „internationalistischen und antiimperialistischen“ DDR-Staatsdoktrin.

Parallel zu Antizionismus und antiisraelischer Propaganda wurden die „nationalen Befreiungsbewegungen“ im arabischen Raum zu „Verbündeten im Kampf gegen Imperialismus und beim Aufbau des Sozialismus“ überhöht. Sie wurden von den Staaten des Ostblocks mit Waffen beliefert und auch ideologisch bzw. politisch aufmunitioniert. Im November 1975 unterstützte die DDR die UN-Resolution 3379 (XXX), die den Zionismus als eine „Form von Rassismus und Rassendiskriminierung“ brandmarkte und verurteilte. Aus der legitimen Heimstätte des jüdischen Volkes wurde ein „Vorposten des US-Imperialismus“. Selbst in diplomatischen Noten zeigte die DDR-Führung sich nicht bereit, die Legitimität israelischer Staatlichkeit anzuerkennen und damit die Konsequenzen aus deutscher Geschichte von 1933 bis 1945 als historischen und unumstößlichen Fakt klar und unmissverständlich zu benennen.⁹

Das Verhältnis zwischen Israel und der DDR war bis 1989/90 ein Nichtverhältnis, wenngleich das Bemühen der ostdeutschen Partei- und Staatsführung um internationale Anerkennung und das Streben nach Erlangung

⁹ Zu diesem Komplex vgl. Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

der Meistbegünstigungsklausel durch die USA in den späten Jahren ihrer Existenz auf eine vorsichtige Annäherung an Israel unterhalb offizieller diplomatischer Kontakte hinauslief. In der DDR-Gesellschaft erwachte Ende der 1980er Jahre zudem ein wachsendes Interesse an jüdischen Themen, am jüdischen Erbe und an jüdischer Kultur. Auf die Eiszeit folgte eine Art Tauwetter. Angestoßen durch Perestrojka und Glasnost in der UdSSR begann in der Gesellschaft ein neuer, stärker differenzierender Diskurs, der sich von den bisherigen offiziellen DDR-Positionen unterschied.

Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kam es bis zum Ende der staatlichen Existenz der DDR nicht mehr, wenngleich die Regierungen Modrow und de Maizière diesbezügliche Schritte unternahmen – unter Einschluss von Fragen ideeller und materieller „Wiedergutmachung“, somit auch der Bereitschaft, vermögensrechtliche Verantwortung zu übernehmen. Die deutsch-deutsche Vereinigung jedoch warf bereits ihre Schatten voraus. Bevor sie Realität wurde, verabschiedeten am 12. April 1990 die Mitglieder aller DDR-Volkskammer-Fraktionen ein Bekenntnis „zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft“. Sie baten die Juden in aller Welt und das israelische Volk um „Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945“ in der DDR.¹⁰

Während die herrschende „Linke“ in der DDR – immerhin reklamierete die SED die besten Traditionen der deutschen Arbeiterklasse für sich – keine abweichende Meinung zu politischen Grundfragen zuließ, bot sich in der Bundesrepublik ein anderes Bild. Hier hatte sich die SPD von Anfang an zum Fürsprecher möglichst enger Beziehungen zu Israel gemacht – teilweise gegen starke Widerstände der bürgerlichen Parteien mit ihren zahlreichen Ex-Nazis in hohen Positionen. Die Sozialdemokraten propagierten ein Israel-Bild, in dem viel von den Aufbauleistungen, den sozialen Errungenschaften und der neuen Lebensweise in Kibbuz und Histadrut die Rede war. Mit zahlreichen Verfolgten des Nazi-Regimes in Spitzenpositionen – so Willy Brandt, Herbert Wehner, Heinz Kühn, Herbert Weichmann, Fritz Bauer – stand sie, zunehmend auch in Israel, für ein besseres Deutschland. Wenn SPD-Autoren (oder in ihrem Umfeld aktive Theologen wie Helmut Gollwitzer) über das Verhältnis der Linken zu Israel schrieben, betonten sie, die Zionismus-Analysen der Vorkriegszeit seien obsolet geworden. Die moralische Hypothek verbiete ohnehin nahezu jede deutsche Kritik an Israel.

¹⁰ Ebenda, S. 353.

Das idealisierte Denkgefüge bekam im Sechstagekrieg 1967 und danach Risse. Einerseits ergriffen insbesondere jüdische Emigranten und Überlebende der nazistischen Todeslager vehement Partei für Israel. Der jüdische Linksintellektuelle, schrieb Jean Améry, sei „kein Linksintellektueller mehr, nur noch ein Jude: Denn hinter ihm liegt Auschwitz und vor ihm vielleicht das seinen Stammesgenossen [...] zu bereiternde Auschwitz II am Mittelmeer.“¹¹ Diese Position fand Unterstützung bei den Spitzen von SPD und DGB wie in den Kirchen. Andererseits geriet die emotionale Solidarität studentischer Linker mit den palästinensischen Opfern des Krieges nicht selten zu einer naiven Schwärmerei für den „antiimperialistischen Befreiungskampf“ und die „palästinensische Revolution“. Die Palästinenser wurden nur noch als abstraktes Subjekt der Geschichte gesehen, nicht mehr als eine Gemeinschaft mit Klassen und Widersprüchen. Israel dagegen galt als imperialistische Macht. Nur diejenigen Israelis wurden als Verbündete deklariert, die sich gegen den jüdischen Staat wandten und einem abstrakten demokratischen Einheitsstaat auf dem Territorium des historischen Palästinas den Vorzug gaben, selbst wenn in ihm Juden auf den Status einer nationalen Minderheit reduziert würden. Bei einigen maoistischen Gruppen erwuchs aus diesem Weltbild die Befürwortung antijüdischer Gewaltakte in der Bundesrepublik und Westberlin.¹² Die israelkritischen Positionen der Neuen Linken verdichteten sich oft zu einer antizionistischen Ideologie. Ein abstrakter Faschismusbegriff und ein oft ungenügendes historisches Detailwissen ließen manchen Linken die Einzigartigkeit des Holocaust, der nationalsozialistischen Judenvernichtung, verkennen.

Die israelische Besetzung Südlibanons 1982 läutete eine neue Runde im Verhältnis der westdeutschen radikalen Linken zum Staat Israel ein. Die mit israelischer Duldung von libanesischen Haddad-Milizen betriebenen Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila führten zu einer Abrechnung, bei der mit Worten wie „Holocaust an den Palästinensern“ nicht gespart wurde. „Mögen sich gute Deutsche“, schrieb der Leiter der Münchner Marxistischen Gruppe, „für den Völkermord des III. Reiches verantwortlich fühlen, mehr als die Unterstützung der neudeutsch-israelischen Freundschaft kommt aus diesem Untertanenbewusstsein sicher nicht heraus. An Beirut können die Ge-

¹¹ Jean Améry, *Widersprüche*, München 1990, S. 212.

¹² Vgl. Martin W. Kloke, *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses*, Frankfurt a. M. 1991, S. 90f.

wissenswürmer der deutschen Nation studieren, wohin das führt.“¹³

Der Libanonkrieg signalisierte jedoch auch den Beginn eines Wandels der Debatten. Allmählich fand die Linke aus dem Fahrwasser des drohenden Antisemitismus wieder heraus. Dafür verantwortlich waren der Druck seitens progressiver Kräfte des Auslands, auch israelischer Linker, die Reaktion auf die zunehmende Relativierung des Holocaust unter den alten und neuen Rechten, die Rückbesinnung vieler Grünen bzw. Mitglieder der Alternativen Liste Berlins auf einen linken Ehrenkodex sowie eine neue Sensibilität innerhalb der Nach-68er-Generation. Dennoch zeigte die fortwährende affektgeladene Gleichsetzung „israelischer Untaten“ mit nazistischen Verbrechen ein weiter schwelendes ungelöstes Problem unter den Linken, das nicht zuletzt mit ihrer schwierigen Position gegenüber „Deutschland“ zu erklären war und ist.

1990: Linker Neuanfang, Israel und der Imperialismus

Nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ 1989/90 stellte sich die Frage nach der Positionsbestimmung gegenüber Israel, Zionismus und Nahostkonflikt für die Linke völlig neu. Linke Selbstkritik gehörte zu den Merkmalen der deutschen Vereinigung, während sich das konservative Lager und ein Großteil der Liberalen durch den Gang der Geschichte bestätigt fühlten. Zu einer weiteren Zäsur innerlinker Auseinandersetzungen wurde, mehr als zunächst ersichtlich, der Golfkrieg 1991. Im Sog des Verfalls einstiger linker Gewissheiten mutete die Parteinarbeit für den Irak „wie der verzweifelte Versuch an, gegen die politischen Offenbarungen der Gegenwart elementare Bestimmungen eines linken Selbstbegriffs aufrechtzuerhalten.“¹⁴ Hierzu gehörte das Konzept der imperialismuskritischen „Dritten Welt“. Einzig die Unterstützung für als gerecht festgeschriebene Forderungen aus den früheren Kolonien des Westens schien linker Opposition zum „Zeitgeist“ noch einen Sinn zu geben. Viele Äußerungen waren nunmehr weniger der blutigen Realität am Golf denn der Suche nach einer eigenen neuen Identität und Stabilität geschuldet.

Die Imperialismuskritik zeitigte nicht selten apokalyptische Weltansichten, die sich mit undifferenzierter Kritik an der „Geldgesellschaft der USA“

¹³ Herbert Fertl, Israel gewinnt Krieg – deutsche Linke retten ihre Glaubwürdigkeit, in: taz, 20.8.1982, S. 9, zit. nach: Kloke, a.a.O., S. 156.

¹⁴ Dan Diner, Der Krieg der Erinnerungen und die Ordnung der Welt, Berlin 1991, S. 38.

verbunden. Hier liegt die Wurzel eines linken Populismus, der aus einem unreflektierten Antikapitalismus gespeist wird. Die Kritik an der Geldwirtschaft und am damit verbundenen Vormachtstreben der USA war prinzipiell antiimperialistisch ausgerichtet, doch auch mit Ressentiments verbunden. In ihnen geriet der Staat Israel als bloßer „imperialistischer Militärstützpunkt“ zur Ursache allen Übels im Nahen Osten.¹⁵ Derartige rasch hingeworfene, sich ideologisch verfestigende, theoretisch kaum reflektierte Schlagwörter boten Elementen eines Antisemitismus Raum, der jedoch nicht rassistisch, sondern primär politisch ausgerichtet war. Israel wurde als alleiniger Profiteur von Krieg und Gewalt im Nahen Osten gesehen. Die Tatsache, dass auch Israels Bevölkerung zu den Hauptleidtragenden des Konflikts gehörte, wurde ausgeblendet. Einem derart verkürzten Verständnis von Imperialismus und Antiimperialismus bot seit den 1990er Jahren z. B. die Zeitung „Junge Welt“ zunehmend Raum.

Die Auseinandersetzung mit den „Antiimperialisten“ wiederum gearbar neben einer Reihe notwendiger Einsprüche und Interventionen bald eine neue Strömung unter den Linken, die ihre Position als „antideutsch“ beschrieb. In ähnlich verkürzender materialistischer Analyse deutete sie die antinationalistischen Standpunkte der sozialrevolutionären Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkriegs in eine neue „Kollektivanalyse“ um: Auschwitz habe die Deutschen zur Täufernation gemacht. Gegen diese fortdauernde, wengleich verborgene Realität sei der Hauptstoß zu richten. Eine Kritik an Israel und an dessen Hauptverbündeten, den USA, beinhalte i. d. R. mehr als sie vorgebe. Sie müsse „historisch-materialistisch“ als das entschleiert werden, was sie sei, nämlich eine in Wissenschaft gegossene und als Teil des humanitären Diskurses firmierte Abwehrhaltung gegen Juden. Die Tatsache, dass die „antideutsche“ Position der „antiimperialistischen“ strukturell, wengleich nicht argumentativ, ähnlich ist, wird oft übersehen: Trotz des scheinmarxistischen Vokabulars verzichten beide Lager auf eine materialistische, der Realität verpflichtete Analyse historischen Geschehens.

Israel, die USA oder Deutschland firmieren im o. g. Herangehen als pauschale Größen bzw. kollektiv handelnde Akteure, ohne dass die inneren Widersprüche der jeweiligen Gesellschaft oder die Beweggründe der ihr inhärenten Klassen und Interessengruppen präzise analysiert

¹⁵ Wohl keiner der Linken, die das Wort vom „imperialistischen Militärstützpunkt“ Israel gebrauchten, wusste, dass es von Walter Ulbricht stammte. Vgl. SAPMO-BArch, NL 182/721, Bl. 38f. (Nachlass Walter Ulbrichts). Gefallen auf der Sitzung des DDR- Staatsrats am 12.3.1965, wurde es rasch offizielles DDR-Vokabular.

und benannt werden. Dass zur Begründung eigener Position häufig jüdische Stimmen aus Israel und der „Diaspora“ herangezogen werden, zeigt auf fatale Weise, was sowohl „Antiimperialisten“ wie „Antideutsche“ zwar leugnen, jedoch praktizieren: Sie behandeln Israelis und Juden letztlich als geschlossenes Kollektiv, dem gemeinsame Interessen (natürlich dem jeweils eigenen Standpunkt angepasst) unterstellt werden. Diese Haltung muss noch nicht Antisemitismus oder Philosemitismus bedeuten. Sie ersetzt aber die präzise Gesellschaftsanalyse durch Konstruktionen. Die gemeinsame Basis scheinbar unvereinbarer Standpunkte erklärt auch das Hinüberwechseln von einer Seite zur anderen, wie das Beispiel Jürgen Elsässers zeigt. Die einstige Ikone „antideutscher“ Imperialismuskritik konnte problemlos, ohne das eigene theoretische Selbstverständnis grundlegend zu revidieren, zum „Antiimperialisten“ mutieren. Nunmehr gilt ihm der iranische Präsident Ahmadinedschad als „Vorkämpfer“ gegen den US-Imperialismus und seine Helfershelfer (zu denen selbstverständlich Israel gehört). Politiker werden gefeiert, die im „eigenen“ Land die Linke brutal unterdrücken.¹⁶

Die obige Darstellung ließe sich als Sektengezänk abtun, fänden sich ähnliche Positionen nicht auch innerhalb der Partei DIE LINKE, der wichtigsten politischen Kraft links von SPD und Grünen. Genau darum jedoch ging und geht es in den leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen nicht nur der jüngsten Vergangenheit.

Israel und DIE LINKE – innerlinke Widersprüche

Die Partei DIE LINKE verfügt unbestreitbar über ein personelles und mentales SED-Erbe. Mit unterschiedlichem Logo, als SED-PDS, PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) und Linkspartei.PDS, suchte sie in der Aufarbeitung dieser belastenden Hinterlassenschaft eine „rettende Kritik“ und gleichzeitig eine Überlebenschance. Sie trennte sich in einem keinesfalls leichten Prozess von der Staatsideologie des DDR-spezifischen Antifaschismus mit seiner mythischen Überhöhung des kommunistischen Widerstands. Gleichzeitig beharrte sie auf dem legitimen Erbe des Antifaschismus unter Einschluss seines kommunistischen Anteils. Die Lernprozesse vollzogen sich vor dem Hintergrund bzw. in Abwehr einer starken Tendenz, den kommunistischen Widerstand zu de-

¹⁶ Vgl. hierzu Matthias Brosch u. a. (Hg.), *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland*, Berlin 2007, sowie Peter Ullrich, *Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland*, Berlin 2008.

legitimieren, sei es seitens eines großen Teils der politisch herrschenden Klasse, sei es durch den Mainstream der Medien. Die Parteiführung der PDS beharrte auf dieser selbstkritischen Sicht auf die DDR-Geschichte, obgleich seitens ihrer politischen Kontrahenten immer wieder behauptet wurde, sie leiste keine Aufarbeitung der Vergangenheit.¹⁷ Parallel dazu traten in der Parteimitgliedschaft Stimmungen auf, die auf eine unkritische Verteidigung der DDR abzielten.

Vom Diskurs blieb der Problemkomplex Antisemitismus-Israel-Nahost nicht unberührt. Auf einer als Stalinismus-Konferenz bezeichneten Tagung vom 17. und 18. November 1990 vollzog die Partei geschichtspolitisch jenen Bruch mit dem Stalinismus, den der Sonderparteitag der SED ein knappes Jahr zuvor eingeleitet hatte. Auch Defizite in der Aufarbeitung antisemitischer Praktiken unter Linken wurden angesprochen. Die auf der Tagung erstmals öffentlich auftretende Historische Kommission der Partei veranstaltete zwei Jahre später, am 5. Dezember 1992, gemeinsam mit der Stiftung Gesellschaftsanalyse (Vorgänger der Rosa-Luxemburg-Stiftung) ein Symposium über „Arbeiterbewegung und Antisemitismus“.¹⁸

Themenrelevant engagierte sich die PDS in lokalen und regionalen Initiativen gegen den in Ostdeutschland erstarkenden Rechtsextremismus. Dabei wurde nicht zuletzt über die Frage gestritten, inwieweit die Ursachen primär den Defiziten der Vergangenheit oder eher den Verwerfungen des deutschen Einigungsprozesses geschuldet waren.¹⁹ Die Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus/Rechtsextremismus beim Parteivorstand der PDS, von Wissenschaftlern wie Reiner Zilkenat, Horst Helas und Rolf Richter ins Leben gerufen, dokumentiert in ihrem vierteljährlichen „Rundbrief“ derartige rechtsextreme Aktivitäten und gleichfalls linke Gegenstrategien in Deutschland und Europa. Die PDS warnte zugleich vor einem Extremismus der Mitte, den

¹⁷ Hierfür repräsentativ: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.), *Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken*, St. Augustin 2002, insbesondere die Beiträge von Viola Neu, Patrick Moreau u.a. sowie Jochen Zehnthöfer. Differenzierter: Tim Peters, *Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht*, Wiesbaden 2006.

¹⁸ Vgl. Mario Keßler (Hg.), *Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert*, Bonn 1993.

¹⁹ Vgl. hierzu die ausgewogenen Beiträge von Klaus Böttcher und Werner Bramke in: Roland Bach u. a. (Hg.), *Antifaschismus als humanistisches Erbe in Europa. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter*, Berlin 2005.

sie in Teilen der CDU, der CSU und der FDP zu entdecken meinte.²⁰ Der Antisemitismus wurde in all seinen Formen klar verurteilt. Zugleich wurde er in der Partei ungenügend als ernsthaftes Problem wahrgenommen. Eine linke Israelfeindschaft schien um 2005/06 nur noch nachwirkender Bestandteil jener Vergangenheit, von der sich die PDS zumindest programmatisch, zunehmend jedoch auch im Diskurs, gelöst hatte. Trotz einiger politischer Rückschläge, wie bei der Bundestagswahl 2002, war die PDS auf dem Weg zu einer modernen europäischen Linkspartei. In ihr gab es ein buntes Spektrum politischer Strömungen, von Kommunisten bis zu Reformsozialisten. Die kritische Solidarität mit Israel bei Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser gehörte zum Grundkonsens der Partei.

Zwei Geschehnisse, von denen das eine nichts und das andere nur mittelbar mit Israel zu tun hatten, schufen eine neue Situation. Zum einen veränderte sich die europäische Diskurslage hinsichtlich akuter globaler Probleme – nicht zuletzt als Folge der Terroranschläge von „Nine-Eleven“ auf das *World Trade Center* in New York. Islamistische Gruppierungen und neopopulistische Rechtskräfte zeichneten, in einträchtiger Gegnerschaft, verantwortlich für eine Verschärfung und Verlagerung der politischen Spannungen. Die neopopulistischen Kräfte freilich treten, soweit sie den Islam ablehnen, mehrheitlich und vordergründig nicht mehr antisemitisch auf. Sie scheuen die sichtbare Nähe zum antisemitischen Neonazismus. Mitunter zeigen sie, wie der Niederländer Geert Wilders, eine geradezu aufgetragene Sympathie für die israelischen Rechtskräfte. Auch in Deutschland spiegelt sich dieser Diskurs wider, wenngleich die „Partei zum Buch“ (Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“) bislang noch fehlt. Die neue Konfliktkonstellation erforderte von den Linken zumindest eine Überprüfung bzw. Differenzierung der bisherigen Positionierung im global historisch klar verorteten klassischen Links-Rechts-Schema.

Der zweite Anstoß kam vom Zusammenschluss der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) mit der PDS zu einer neuen Partei, DIE LINKE. Der beträchtliche Mitglieder- und Stimmenzuwachs ließ sie relativ schnell zu einer relevanten bundesweiten Kraft werden. DIE LINKE startete somit als Erfolgsprojekt. Bald jedoch zeigten sich

²⁰ Vgl. die „Rundbrief“-Hefte mit den entsprechenden Themenschwerpunkten: Vom „Rechten Rand“ in die Mitte der Gesellschaft (Nr. 4/2006), Globalisierung, Wirtschaftskrise, Rechts extremismus (Nr. 1/2009), Rechtspopulismus in Deutschland (Nr. 2/2011). Zu den regelmäßig publizierenden Autoren zählen mit ihren Themenschwerpunkten: Karl-Heinz Gräfe (Ost- und Ostmitteleuropa), Horst Helas (Antisemitismus), Günter Wehner (Antifaschismus in der Erinnerungskultur) und Reiner Zilkenat (Geschichte des Widerstandes).

bei der Verschmelzung zur „linken Sammlungsbewegung“ zunächst nicht wahrgenommene Gegebenheiten wie unterschiedliche historische, soziale und politische Erfahrungen in der Mitgliedschaft, verbunden mit einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den führenden Akteuren in PDS und WASG. Viele WASG-Aktivistinnen und Aktivisten waren enttäuschte Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die mit der „SPD der neuen Mitte“ Gerhard Schröders gebrochen hatten.

Ein anderer nicht unbeträchtlicher Teil der Neumitglieder hatte erste politische Prägungen im so genannten K-Gruppen-Milieu der 1970/80er Jahre erfahren. Vielen dieser Gruppen galten Israel nach wie vor als imperialistischer Vorposten der USA und die Palästinenser als prinzipiell revolutionäres Subjekt. Anders als den vorwiegend ostdeutschen PDS-Mitgliedern waren für sie nicht der Zusammenbruch des Realsozialismus, sondern der rot-grüne Kriegseintritt der Bundesrepublik oder die „Agenda 2010“ Anlass für einen neuen Politisierungsschub. Ein besonders gut organisierter, jüngerer Teil von Mitgliedern und Sympathisanten gehörte den entsprechenden Nachfolgemilieus an. So übernahm etwa die breit vernetzte Organisation „Linksruck“, heute „Marx21“, eine wichtige Rolle als WASG-„Stabilisierungselement“ im Verschmelzungsprozess WASG - Linkspartei.PDS. Ihre Kader gelangten in einflussreiche Positionen, sei es in den Apparaten, sei es in den Diskursen der neuen Partei.

Außenpolitische Fragen spielten bei der neuen programmatischen und strategischen Verortung der jungen Partei eine wichtige Rolle. Nicht selten verbanden sie sich mit einer Abgrenzung von dem vermeintlich auf Regierungskurs befindlichen und „angepassten“ bisherigen PDS-Zentrum. Dessen Abkehr von klassischen „linken“ Welterklärungsmustern wurde nicht selten der Anbiederung an die „neoliberalen“ bzw. „prokapitalistische Einheitspartei“ aus CDU/CSU/FDP/SPD/Bündnisgrünen verdächtigt. Damit wurden nicht nur die Ausgangslage für innerparteiliche Auseinandersetzungen simplifiziert, sondern auch eine günstige strategische Startposition anvisiert. Nicht zuletzt das Verhältnis zu Israel und zum Nahostkonflikt geriet in den Sog der strömungspolitischen Hegemoniekämpfe in der jungen LINKEN. Anzumerken bleibt, dass die Hauptprotagonisten der vereinfachenden Israelkritik nicht ausschließlich aus der WASG kamen; in der PDS hatten sie bis dahin jedoch keine dominierenden Positionen inne.

Bereits 2006 brachen innerparteiliche Auseinandersetzungen zur Frage auf, ob die Hamas ein Verhandlungspartner für DIE LINKE sein könne.

Auch die Meinungsvielfalt über die Rede des Bundestagsfraktionschefs Gregor Gysi, die dieser am 14. April 2008 aus Anlass des 60. Jahrestags der Staatsgründung Israels in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin hielt, zeigte, dass es in der Partei nach wie vor Diskussionsbedarf gab (und gibt). Gysi forderte eine differenzierte Auseinandersetzung mit der komplexen Wirklichkeit des Nahen Ostens. Pauschale „antiimperialistische Theorien, die die Politik Israels als die eines aggressiven Imperialismus interpretieren und kritisieren“, würden ebenso wenig weiterhelfen wie „das ideologische Pendant zur antiimperialistischen Kritik, die so genannten ‚Antideutschen‘, deren Hauptfeind ein sich unkenntlich machender Antisemitismus ist.“ Die Linke könne sich nicht darauf berufen, dass eine generell antiimperialistische Haltung sie per se auf der „Seite der Guten“ platziere, Israel hingegen, als „Teil des Weltimperialismus“, auf Seiten der reaktionären Kräfte. Der Begriff des Imperialismus treffe „aber auf Israel auf jeden Fall nicht zu“. Auch der Antizionismus könne für DIE LINKE „keine vertretbare Position sein“, da er dazu neige, Auschwitz in seiner Bedeutung herabzustufen.²¹

Die Rede Gysis stieß in der Partei und in ihrem Umfeld auf Widerspruch. Dem Fraktionsvorsitzenden wurde entgegen gehalten: Israel missachte die Menschenrechte ebenso wie alle UN-Erklärungen zum Nahostkonflikt. Mit seiner Siedlungspolitik in der Westbank suche es die Palästinenser zu Fremden im eigenen Land zu machen. Wenn das Ausblenden dieser u. a. Fakten zur deutschen „Staatsräson“ gehöre, der sich DIE LINKE verpflichtet fühle, gebe sie Grundpositionen marxistischer Imperialismuskritik preis. DIE LINKE dürfe die Notwendigkeit des antiimperialistischen Kampfes nicht infrage stellen und nicht aufhören, die israelische Regierungspolitik zu kritisieren. Kritik bleibe auch dann erforderlich, wenn Israels Politik ohne Auschwitz nicht zu denken sei, hieß es in einer Erklärung vorwiegend ostdeutscher Mitglieder der Kommunistischen Plattform der Partei. Die skizzierten Positionen schienen zunächst jedoch noch keine Symptome eines tiefgehenden Risses in der Partei zu sein. Eher galten sie als Momentaufnahmen des notwendigen sachlichen Verständigungsprozesses in der neuen LINKEN und des Bemühens um einen mehrheitlichen, zukunftstauglichen und realistischen Standpunkt gegenüber Israel und zum Nahostkonflikt.

Nach 2009 jedoch verschärfen sich die innerparteilichen Auseinander-

²¹ Gregor Gysi, Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel. Vortrag aus Anlass des 60. Jahrestages des Staates Israel auf einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 14. April 2008 in Berlin (deutsch und hebräisch), rls Tel Aviv, 2008, S. 14ff.

setzungen, insbesondere nachdem der Duisburger Linksfraktionsvorsitzende Hermann Dierkes zum Boykott israelischer Waren aufgerufen hatte. Er habe dabei lediglich einen Beschluss des Weltsozialforums zitiert, verteidigte sich Dierkes gegen innerparteiliche und externe Kritik.²² Es häuften sich in der Folgezeit Vorfälle, die nahelegten, die LINKE biete in Bezug auf ihr Verhältnis zum Nahost-Konflikt – zwischen fehlender Sensibilität, Geschichtslosigkeit und offenem Antisemitismus – offene Flanken. Im Januar 2010 erhoben sich z. B. mehrere linke Bundestagsabgeordnete bei der Begrüßung von Israels Präsident Shimon Peres im Bundestag mit der Begründung nicht von ihren Plätzen, sie wollten gegen Israels Okkupationspolitik ein Zeichen setzen. Das trug ihnen auch parteiinterne Kritik ein. Peres war vom Bundestag aus Anlass des 65. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz eingeladen worden.²³

Innerparteilich war bereits des Öfteren kritisiert worden, DIE LINKE beteilige sich distanzlos an Demonstrationen „gegen Israel“ gemeinsam mit islamistischen Gruppen und nationalistischen Bewegungen, die Israels Politik mit der des Nazireichs oder mit dem Holocaust gleichsetzten.²⁴ Entsprechende Fotos kursierten im Internet. Offizielle Stellungnahmen der Parteispitze gab es dazu nicht. Im April 2011 wurde auf der Website des Duisburger Kreisverbandes der Partei ein antisemitisches Flugblatt gefunden, auf dem Hakenkreuz und Davidstern ineinander verschränkt waren.²⁵ Niemand gab dem Duisburger Fraktionsvorsitzenden persönlich die Schuld, zumal der Kreisverband das Flugblatt nach Bekanntwerden sofort löschte und unmissverständlich seine Gegnerschaft zu jeder Art von Antisemitismus bekräftigte. Unklar blieb jedoch, wie lange das Flugblatt im Netz abrufbar gewesen war.²⁶

Wenig später machten Medienberichte die Runde, wonach die Bundestagsabgeordnete Annette Groth, wie vorher schon ihre Fraktionskollegin Inge Höger, öffentlich mit einem Schal aufgetreten sei, der die Nahostre-

²² Pascal Beucker, Linker auf israelfeindlichen Abwegen, in: Die Tageszeitung, 25. Februar 2009.

²³ Vgl. Stefan Reinecke, Linkspartei zofft sich wegen Israel, in: Die Tageszeitung, 2. Februar 2010.

²⁴ Dasentspricht dem unmittelbaren Erfahrungshorizont der Autoren und war regelmäßig Debattengegenstand innerhalb der Partei. Vgl. auch das Interview von André Anchuelo mit Benjamin Krüger, „Da existiert eine Israel-Obsession“, in: Jungle World, Heft 30/2011, vom 28. Juli 2011, S. 5.

²⁵ Matthias Meisner, Antisemitische Aktivitäten bei Duisburger Linken, in: Der Tagesspiegel, 27. April 2011.

²⁶ Vgl. die Materialien und Berichte auf www.die-linke-duisburg.de.

gion ohne den Staat Israel abgebildet habe. Die Bagatellisierung der von beiden Abgeordneten nicht geleugneten Tatsache konnte nur schwerlich überzeugen.²⁷ Im Zusammenhang mit der geplanten „Gaza-Flottille“ 2011 wurde erneut heftig über Legitimität und politische Wirksamkeit einer Teilnahme am Durchbrechen der Blockade des Gaza-Streifens diskutiert. Dabei spielten insbesondere die mögliche Kooperation und „Verbrüderung“ mit islamistischen und nationalistischen Bewegungen eine zentrale Rolle. Gegenüber dem *Neuen Deutschland* rechtfertigte die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Anette Groth, ihre Teilnahme an der Gaza-Flottille 2010 damit, dass sie „einen Sinnzusammenhang zwischen Antisemitismus und der Unterstützung für die Gaza-Flottille“ strikt ablehne. Antijüdische Parolen, die andere Teilnehmer beim Auslaufen der Schiffe aus der Türkei angeblich gehört hätten, habe sie nicht bemerkt.²⁸

Immer wieder wurden in der Folgezeit durch die bürgerliche deutsche Presse Berichte über Aktivitäten, unterstützt von Mitgliedern der LINKEN, kolportiert, in denen wahlweise einer „säkular-demokratischen Einstaatenlösung“, der Kooperation mit Hamas und Hisbollah, dem pauschalen Boykott israelischer Waren, der einseitigen Verantwortung Israels für die Lage im Nahen Osten oder Nazivergleichen das Wort geredet werde. Die Dichte der hoch gespielten Ereignisse und der hilflos wirkende Umgang der Partei mit derartigen Verdächtigungen ließen den Vorwurf und die Besorgnis wachsen, DIE LINKE sei offen für obsessiven Israel-Hass. Sie toleriere fundamentalistischen Antizionismus und leiste damit antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen in den eigenen Reihen und in der Gesellschaft Vorschub.

Thema beendet? Hoffentlich nicht!

Die jüngsten emotionalen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei DIE LINKE zum Themenkomplex Nahostkonflikt haben deutschlandweit und darüber hinaus Aufmerksamkeit erregt. Das ist angesichts der historischen Bezüge und der deutschen Verantwortung vor der Geschichte nicht verwunderlich. Es gibt für DIE LINKE wie für jede andere deutsche Partei Gründe genug, sich mit dem Verhältnis zu Israel und zum Nahen Osten, mit Antizionismus und Antisemitismus permanent auseinanderzusetzen. Und die Auseinandersetzung findet statt. Positiv stehen dafür zahlreiche Äußerungen, die sich für die eingangs beschriebenen

²⁷ Vgl. Matthias Meisner, Die Halstuch-Affäre, in: Der Tagesspiegel, 10. Juli 2011.

²⁸ Wollen Sie provozieren? Annette Groth im Interview mit Uwe Kalbe, in: Neues Deutschland, 10. Juni 2011.

Positionen der Bundestagsfraktion, d. h. gegen generellen Boykott Israels oder für die Nichtteilnahme an Flottillen nach Gaza bzw. für das Existenzrecht Israels, aussprechen. Eindeutige Stellungnahmen von Bundestagsabgeordneten wie Stefan Liebich²⁹, Jan Korte³⁰, Petra Pau³¹ und Katja Kipping³² zeigen, dass die Diskussion eingefordert wird. Auch an der Parteibasis gibt es Wortmeldungen³³, in denen die Debatte über eine notwendige Trennschärfe bei der Abgrenzung der Partei von antizionistischen Akteuren und antisemitischen Mustern klar befürwortet wird.

Manche Akteure berufen sich bewusst auf die bereits in der PDS gewonnenen diskursiven Positionen zum Verhältnis gegenüber Israel und dem Nahen Osten. Eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Mitglieder der Partei – darunter der Mitbegründer der PDS in Baden-Württemberg, der 95-jährige Theodor Bergmann –, publizierten z. B. einen offenen Brief, in dem die grundsätzliche Haltung der Bundestagsfraktion unterstützt wird. In ihm wird Kritik an der Politik der israelischen Rechtskräfte geübt und gleichzeitig jeder „Bündnissuche“ mit militanten islamistischen Organisationen wie der Hamas eine Absage erteilt.³⁴ Der Musiker Andrej Hermlin warnte gar davor, Antisemitismus innerhalb der Linken als Randproblem zu sehen. „Was sich in den letzten Wochen in der LINKEN abgespielt hat, der ich immer noch angehöre, ist widerlich. Seit Jahren sind wir Diskussionen aus dem Wege gegangen“, sagte er, von Gregor Gysi interviewt, dem *Neuen Deutschland*.³⁵ „Wir müssen der Kritik [an Israel] Grenzen setzen“, forderte Gysi in der *Tageszeitung*. Es sei dringend an der Zeit, überkommene Denkmuster unter West- wie Ostlinken zu überprüfen und zu überwinden. „Die Bundesrepublik war mit Israel befreundet, da lag es für die Opposition nahe, sich auf die Seite der Schwächeren, der Palästinenser zu schlagen. Außerdem stützte die Imperialismustheorie diese Sicht. Aber es ist falsch, in der

²⁹ Vgl. Meinungsbild oder Maßregel? Stefan Liebich im Interview mit Uwe Kalbe, in: Neues Deutschland, 11. Juni 2011.

³⁰ Jan Korte, Die Diskussion findet statt, in: Jungle World, 26. Mai 2011, <http://jungle-world.com/artikel/2011/21/43253.html> (gesehen am 24. Juli 2011).

³¹ http://www.petrapau.de/17_bundestag/dok/110611_an_antisemitismus-beschluss.htm (gesehen am 24. Juli 2011).

³² Katja Kipping, Jenseits von Antizionismus und antideutschen Zuspitzungen, Erklärung vom 24. Mai 2011, <http://www.katja-kipping.de/article/452.jenseits-von-antizionismus-und-antideutschen-zuspitzungen.html> (gesehen am 24. Juli 2011).

³³ So Thomas Lohmeier/Jörg Schindler, Ja zu klaren Grenzen. Anmerkungen zur Antisemitismusdebatte in der Linken, 22. Juni 2011, <http://www.prager-fruehling-magazin.de/articel/694.ja-zu-klaren-grenzen.html>.

³⁴ Erschienen in: Neues Deutschland, 21. Juni 2011.

³⁵ Zwischen allen Stühlen. Gregor Gysi im Gespräch mit Andrej Hermlin, in: Neues Deutschland, 25./26. Juni 2011, Beilage.

Ideenwelt der siebziger Jahre zu verharren [...]. In der DDR mussten wir immer solidarisch mit den Palästinensern sein, auch mit den arabischen Völkern. Nur mit Israel nicht. Die DDR hatte noch nicht einmal diplomatische Beziehungen zu Israel. Das hat im Osten eine Art schlechtes Gewissen gegenüber Israel genährt.“³⁶

Die Weiterführung der eingeforderten Diskussion ist kein Selbstläufer. Gregor Gysis eingangs zitierte Äußerung, das Thema sei beendet, macht deutlich, dass es den Wunsch oder die Tendenz gibt, den Konflikt möglichst bald zu „begraben“. Die Debatte ist zudem zu einem Zeitpunkt ausgebrochen, da DIE LINKE – nach Jahren erfolgreicher Positionierung als neues, hoffnungsvolles linkes Parteiprojekt in Deutschland – den Eindruck erweckt, mehr auf der Suche nach sich selbst denn treibende Akteurin im politischen Kräfteparallelogramm zu sein. Strategiepolitische Auseinandersetzungen, Hegemonie-Kämpfe zwischen den Flügeln bzw. Strömungen der jungen Partei, strategische Defizite und organisationspolitische Probleme sind nur schwer zu übersehen. Daran bindet sich freilich ein Bemühen in der Führungsspitze, jede existenzielle Zerreißprobe und jede öffentliche Debatte mit hohem Sprengpotenzial zu vermeiden.

Letzteres gilt offensichtlich auch für das skizzierte Themenfeld. Das eher ungeschickte „Management“ der Debatte hatte sich dem Ziel verschrieben, die existierenden Konflikte möglichst tief zu halten und nach außen das Bild großer Übereinstimmung in der gesamten Partei insbesondere zu dieser Frage zu erzeugen. Dem Ruf nach einem Ende der Debatte kommt zusätzlich zugute, dass Urteile in ihrer Pauschalität oder instrumentellen Verwendbarkeit die Debatten eher blockieren denn fördern. Die Unterstellung, in der Partei DIE LINKE sei der antizionistische Antisemitismus „zu einer weitgehend konsensfähigen Position geworden“³⁷, ermöglichte es der politischen Konkurrenz beispielsweise, Antisemitismus (pauschal und ausschließlich) zu einem Problem einzig der Linken zu erklären.

Das Problemfeld wurde an das Thema „Regierungsfähigkeit“/„Regierungsbeteiligung“ gekoppelt. Nicht zuletzt erleichterten auch politisch instrumentalisierte und geschichtsblinde Thesen wie „Die Linke ist anti-

³⁶ „Wir müssen der Kritik Grenzen setzen“. Gregor Gysi über Antisemitismus-Debatte, in: Die Tageszeitung, 16. Juni 2011.

³⁷ Vgl. Samuel Salzborn/Sebastian Voigt, Linke als Koalitionspartner?, <http://www.fr-online.de/blob/view/-/8467798/data/5567673/-/Studie+Antisemitismus+in+der+Linkspartei.pdf> (gesehen am 24. Juli 2011).

semitisch. Sie muss es sein, wenn sie links sein will³⁸ das Bemühen, den Streit um den Konflikt innerhalb der Partei zu unterbinden. Die Debatte ist somit für die gesamte Partei schmerzhaft. Sie bietet der politischen Konkurrenz Anknüpfungspunkte für Diffamierung, Simplifizierung und Pauschalisierung. Die problemferne Ausnutzung der Antisemitismusdebatte befördert zugleich konfliktscheue und eher für eine Wagenburg als für eine offene politische Partei typische Solidarisierungsprozesse, die nur zur falschen Konsequenz führen können, einen Schlusspunkt unter die Auseinandersetzung zu setzen.

Zusammenfassend sei festgehalten, dass die Partei- und Fraktionsspitze mit dem Trend zur Beschwichtigung in einer für die Partei wie für die Fraktion DIE LINKE schwierigen Situation ein durchaus nachvollziehbares Ziel verfolgte, den Zusammenhalt der Fraktion zu sichern, der sichtlich beschädigt war. Dabei hielt sie an zwei problematischen Grundkonstanten des überkommenen linken Selbstverständnisses fest: Erstens an der Annahme, jede interne und externe Kritik diene per se dem Interesse „des Gegners“ und sei deshalb zu deckeln. Zweitens an dem Kalkül, eine Linke sei gegenüber antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen immun, da sie sich dem Humanismus und dem sozialistisch-demokratischen Denken verschrieben habe. Wer eine derartige Selbstimmunisierung vertritt, verdrängt Problembewusstsein und befürwortet das Ende der Diskussion. Er vergibt die Chance für eine tatsächliche Weiterentwicklung der Partei. In der Beendigung der Diskussion durch „Ukas von oben“ liegt somit eine Gefahr. Der Diskussionsoffenheit und Entwicklungsfähigkeit der Partei DIE LINKE wird geschadet, ihre politische Interventions- und Strategiefähigkeit gegenüber gesellschaftlichen Prozessen ist gelähmt. Das jedoch wäre eine teure Hypothek für die Zukunft.

Ob das Problem der Linken im Verhältnis zu Israel, zum Nahostkonflikt und zum Antisemitismus dem „alten antizionistischen Geist der DDR“³⁹ geschuldet ist oder eher der theoretisch verkürzten Imperialismuskritik westlicher Linker entspringt – diese Frage sollte erörtern, wer bereit ist, sich auf die politischen Positionen der Partei DIE LINKE ernsthaft und kritisch einzulassen. Zweifellos hat die Debatte bereits jetzt in der Partei einiges in Bewegung gebracht.

³⁸ So Michael Wolffsohn, Die Linke muss antisemitisch sein, in: Financial Times Deutschland, 25. Juni 2011, <http://www.ftd.de/politik/deutschland/:antisemitismus-die-linke-muss-antisemitisch-sein/60068113.html?page=2> (gesehen am 24. Juli 2011).

³⁹ So Dieter Graumann, Befreiung aus dem Kerker des Israel-Hasses, in: Süddeutsche Zeitung, 20. Juni 2011.

In den Diskussionen der letzten Monate ist somit in Gang gekommen, was dringend erforderlich war und ist - eine Begriffsklärung insbesondere darüber herbeizuführen, was eine moderne, emanzipatorische, sozialistisch-demokratische Linke unter *Antisemitismus* versteht. Aus Sicht der Autoren gehören folgende Sachverhalte unbedingt dazu: *Das Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, die Gleichsetzung Israels mit „den Juden“, gegebenenfalls verbunden mit der einseitigen Schuldzuweisung an den Staat Israel für jegliche Konfliktlage oder das „Messen mit doppeltem Maß“ bei der Bewertung der Politik seiner führenden politischen Kräfte.* Derartige Tendenzen sehen wir etwa dort, wo die internationale Konfliktgeografie in obsessiver Weise auf den Nahen Osten eingegrenzt und an ihm ideologisch exerziert wird, während der übrige Globus aus dem Blickfeld bleibt. Schon die Behauptung, der „Kritik an Israel“ werde mit „Maulkörben“ und „Denkverboten“ begegnet, halten wir für ein von Ressentiment getragenes Vorurteil, zumal sich die Autoren wiederholt mit der politischen Strategie rechtsgerichteter Kräfte in Israel, wie andernorts auch, auseinandergesetzt haben.

Im ideell-politischen Streit geht es nicht zuletzt um die Frage legitimer linker Bündnispolitik, wie etwa um das Verhältnis der Linken zu islamistischen Organisationen, Strategien oder Akteuren. Wir halten es für nicht hinnehmbar, wenn Fahnen der Partei DIE LINKE auf Demonstrationen mitgeführt werden, die in nicht überschau- und hinnehmbarer Weise Solidarität mit nationalistischen oder islamistischen Organisationen oder Netzwerken propagieren. Gleiches gilt für eine Gleichsetzung Israels mit dem deutschen Nationalsozialismus oder die Negierung israelischer Existenz. Wir halten es für inakzeptabel, etwa die iranische Führung als Anknüpfungspunkt „linker“ Hoffnungen auf Veränderung in der Region zu sehen oder nationale Erhebungen reflexhaft mit „antiimperialistischer Befreiung“ und Emanzipation zu identifizieren.

Demokratisch-sozialistischer Internationalismus schließt die blinde Wahl der Verbündeten nach der Logik „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ aus. Er lässt sich leiten von der genauen Analyse der Widersprüchlichkeit in den internationalen Beziehungen und von den Verhältnissen innerhalb nationaler Strukturen. DIE LINKE kann ebenso wenig Menschenrechtsverletzungen seitens israelischer Militärs oder gezielte Tötungen von Menschen akzeptieren, wie sie Selbstmordattentate und Raketenangriffe auf israelische Grenzstädte aus dem Gazastreifen heraus als „kollektive Notwehr des unterdrückten palästinensischen Volkes“ rechtfertigen oder herunterspielen darf. Sie kann sich

genauso wenig mit der israelischen Rechten verbünden wie mit reaktionären Elementen im Gazastreifen oder in der Westbank. Sie konzentriert sich darauf, aktiv mit ihr politisch nahestehenden demokratischen Kräften auf beiden Seiten zu kooperieren, einen offenen und gleichberechtigten Austausch von Ideen und Meinungen zu fördern und in einen Lern- und Erfahrungsprozess einzutreten. Die Aneignung internationalistischer Positionen ist stets universell, konkret und praktisch.

Schließlich sollte DIE LINKE ihren Blick schärfen für die Komplexität der bestehenden globalen Konfliktlagen. Sie wird diese Debatte vor allem zu führen haben, um in einem zentralen Feld linker Politik, der internationalistischen Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik, politisch handlungsfähig zu bleiben und sich erweiterte Spielräume und neue Perspektiven zu erarbeiten. Schon deshalb steht sie in der Pflicht, die Debatte über Nahostkonflikt, Israelkritik, Zionismus und Antisemitismus sachlich, problembewusst und selbstkritisch weiterzuführen.

Peter Ullrich
**Der Nahostkonflikt – Spielfeld für einen neuen
Antisemitismus von links?**

Ein deutsch-britischer Diskursvergleich

Der in den vergangenen Jahren häufig thematisierte „neue Antisemitismus“² unterscheidet sich, so nicht wenige Autoren, von seinen Vorläufern dadurch, dass er den Nahostkonflikt als Ursache oder Auslöser habe. Dennoch stelle er eine generalisierte Judenfeindschaft dar. Neben muslimischem Fundamentalismus wurde die politische Linke zur Zielscheibe der Kritik. Nun können der *heutigen* Linken wahrlich keine Anschläge gegen Jüdinnen und Juden oder deren Einrichtungen zur Last gelegt werden. Andererseits steht sie an der Spitze der zum Teil radikalen Israelkritik. Diese ist zu einem *der* linken Themen geworden. Die Globalisierungskritik und die Antikriegsbewegung machten Palästina zum Top-Thema.

Im Weiteren sei darum der Frage nachgegangen, ob in der weit verbreiteten israelkritischen linken Grundhaltung tatsächlich Platz ist für Antisemitismus, weltbildhaften Antizionismus und andere problematische Sichtweisen, wie (antimuslimischen) Rassismus. Konkret untersucht werden vor allem die kulturspezifischen Deutungsmuster des Konflikts (Deutungsmuster, engl. *Frame*, also „Thematisierungsweise“, „Rahmen“) und innerhalb dieser kulturspezifischen Deutungsmuster die eingenommenen politischen Positionen in der Linken der Bundesrepublik und Großbritanniens. Einschränkend sei bereits an dieser Stelle angemerkt, dass die Frage nach linkem Antisemitismus (und Rassismus) notwendig nur einen Teilaspekt des umfänglicheren und mehrere Ebenen umfassenden Nahostdiskurses beleuchtet. Aus Platzgründen soll der Hauptfokus auf dem Wechselverhältnis von nahöstlichem Konflikt und „neuem Antisemitismus“ liegen.

¹ Der Beitrag wurde für die Übersetzung leicht überarbeitet und erschien mit gleichem Titel ursprünglich in: Marcus Hawel, Moritz Blanke (Hg.), *Der Nahostkonflikt. Befindlichkeiten der deutschen Linken*, Berlin 2010, S. 67-80. Ausführlicher zum Thema auch Peter Ullrich, *Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland*, Berlin 2008.

² Doron Rabinovici, Ulrich Speck, Natan Sznaider (Hg.), *Neuer Antisemitismus? Eine Globale Debatte*, Frankfurt am Main 2004.

Die deutsche Linke

Die deutsche linke Nahostdebatte ist hochgradig aufgeheizt. Dabei stehen sich im Prinzip zwei Lager gegenüber – ein pro-israelisches und ein pro-palästinensisches. Zwischen beiden Polen befinden sich aber wohl die meisten deutschen Linken, nämlich diejenigen, die in unterschiedlicher Gewichtung sowohl berechnete Interessen als auch Schuldanteile an Zustandekommen und Aufrechterhaltung des Konfliktes zwischen Israel *und* den Palästinensern in Rechnung stellen. Zur Mehrheit gehören aber auch Menschen, die schlicht nicht am Thema interessiert sind bzw. sich genervt von der Art und Weise der Diskussion aus dem Themenbereich zurückgezogen haben.

Wie gestaltet sich die Auseinandersetzung? Einige Beispiele: In Berlin gab es im Jahr 2004 eine Messerattacke pro-palästinensischer auf pro-israelische Aktivist*innen. In Hamburg prügeln sich antifaschistische Demonstrierende mit anderen Linken, die sich, so wird berichtet, mit Israelfahnen an die Spitze des Protestzuges setzen wollten. In einem besetzten Haus in Frankfurt am Main gibt es zwei Parteien, die kaum mehr miteinander kommunizieren. Zuvor war in dem Gebäude, in dem sich auch eine Kneipe befindet, ein Besucher verprügelt worden, der einen Davidstern an die Wand gemalt hatte. Die streitenden Parteien konnten sich nicht darüber einigen, ob eine derartige Gewaltanwendung akzeptabel sei oder nicht.

Die Beispiele kommen aus der radikalen Linken. Doch auch das globalisierungskritische Netzwerk *Attac*, das einen breiteren Ausschnitt der Linken repräsentiert, hatte seinen Antisemitismusstreit. Kritiker*innen bezeichnen einen Teil der *Attac*-Politik (zum Beispiel Boykottbestrebungen gegen Israel) als antisemitisch. Außerdem sei – so ein anderer Strang der Diskussion – die Ideologie von *Attac* infolge ihrer Fixiertheit auf die Finanzmärkte insgesamt „anschlussfähig für Antisemitismus“. Wie im klassischen antikapitalistischen Antisemitismus werde „schaffendes“ gegen „raffendes“ Kapital gestellt.

Trotz der grundsätzlichen Dominanz pro-palästinensischer bzw. zionismuskritischer bis antizionistischer Positionen gab es in der Geschichte der Linken weltweit wie auch in der Bundesrepublik³ bis in die 1980er Jahre hinein immer wieder Streit um die Sicht auf den Nahostkonflikt. Lange Zeit waren abweichende Stimmen je-

³ Vgl. u. a. Martin Kloke, *Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses*, Frankfurt am Main 1994.

doch marginal. Seit Beginn der 1990er Jahre dagegen verbindet sich eine israelfreundliche Position mit einer spezifischen Strömung, die sich nicht zuletzt in Bezug auf das Verhältnis der Linken zu Israel herausgebildet hat. Diese so genannten „Antideutschen“ entfalten über das eigene Milieu hinaus eine diskursive Deutungsmächtigkeit.

Entstanden ist diese Strömung aus Teilen der autonomen Linken und aus Abspaltungen des *Kommunistischen Bundes* während der Wendejahre 1989/90. Ihre Agitation richtete sich zunächst gegen die deutsche Vereinigung. Unter dem Motto „Etwas besseres als die Nation“ wandten sie sich gegen den aufkommenden Deutschnationalismus. Eine der Quellen war zugleich die sich seit den 1980er Jahren verstärkt regende Kritik an innerlinken Problemen. Dazu gehörten deutschnationale Tendenzen in Teilen der Friedensbewegung. Ein Fokus der damaligen „antinationalen“ bzw. „antideutschen“ Strömung lag fortan in der Kritik der deutschen Nation sowie des spezifischen Charakters des deutschen Nationalismus und damit generell „der Deutschen“. Aber auch Auswüchse des weltbildhaften, oft antisemitischen Antizionismus wurden von den Antideutschen kritisiert. Dazu muss man wissen, dass militante deutsche Linke (nicht *die* deutsche Linke!) in ihrer falsch verstandenen Palästinasolidarität bis zu Bombenanschlägen auf Synagogen bereit waren – Phänomene eines sekundären Antisemitismus. Das Vorhandensein nicht nur antiisraelischer und antizionistischer, sondern antijüdischer Elemente wurde auch der Friedensbewegung gegen den Golfkrieg 1991 unterstellt. In der Zeitschrift *konkret*, einem der Printmedien mit antideutschen Positionen, wurde dagegen der Krieg unter Führung der USA mit dem Argument unterstützt, er helfe, Israel zu schützen.

In den 1990er Jahren wurden Antisemitismus und Auschwitz zu zentralen Themen antideutschen Denkens. Dazu kam eine wachsende Beschäftigung mit Israel und dem Judentum. Spätestens mit Beginn der Zweiten Intifada im September 2000 wurden – neben dem Pro-Kriegs-Engagement – der Kampf gegen Antisemitismus und die Solidarität mit Israel zu zentralen Anliegen. Ihren deutlichsten Ausdruck findet diese Haltung in der Forderung nach unbedingter Solidarität mit Israel, im symbolträchtigen Auftreten mit israelischen Fahnen und im Tragen von T-Shirts der israelischen Armee und dergleichen mehr.

Das Thema Antisemitismus ist nicht nur der Dreh- und Angelpunkt der antideutschen Ideologie, sondern auch der fast exklusive Rahmen, in dem der Nahostkonflikt von Antideutschen wahrgenommen wird. Mitglieder

der Bewegung, die sich zu einer schlichten Israel-Solidaritätsbewegung formiert haben, unterstützen in der Regel das israelische militärische Vorgehen. Sie betonen, dass Israel einen Krieg gegen einen Gegner führe, der den Staat und die Juden vernichten wolle. Die Identifizierung mit den ehemaligen Opfern der Deutschen und die Kritik an einer fehlerbehafteten Linken steigerten sich zunehmend ins Obsessive. Linke wie rechte, religiöse wie säkulare Kräfte bilden in dieser Weltsicht, zumindest in ihrer zugespitzten Form, eine „antisemitische Internationale“. Alles und jeder kann nach diesem Raster als existenzielle Gefahr für das jüdische Volk gedeutet werden.

Tatsächlich gibt es einzelne Versuche, eine die traditionellen politischen Lager miteinander verbindende Einheitsfront aus Israelkritik und Antizionismus unterschiedlichster Couleur zu bilden. So erklärte die Linksruck-Aktivistin Christine Buchholz, dass es sich bei der „Dämonisierung der Hisbollah“ um einen „Teil der Kriegführung“ handle. In dem asymmetrischen Konflikt kämpfe auf der einen Seite Israel im Interesse und mit Unterstützung der USA. „Auf der anderen Seite stehen in diesem Konflikt die Hisbollah, die Friedensbewegung in Israel und die internationale Antikriegsbewegung. Das ist die Seite, auf der auch ich stehe.“⁴ Noch deutlicher wurde die Problematik in einem antiimperialistischen Protestschreiben an israelische Einrichtungen während des Gaza-Krieges im Jahre 2009 formuliert. Der Verfasser zitiert, nachdem er durch Vergleich des Bruttoninlandsprodukts Israels und seiner Nachbarn „bewiesen“ hatte, dass Israel zum „imperialistischen Club“ gehöre, ein Kampflied und meint abschließend: „Die KämpferInnen der Hamas stehen und agieren in der Tradition dieses internationalistischen Liedes aus den 1920er Jahren, im antiimperialistischen Kampf.“⁵ In den benannten Beispielen kommt somit die traditionelle Gegenposition zu den Antideutschen zum Ausdruck - die antiimperialistische Palästinasolidarität. Der Nahostkonflikt wird als imperialistische Dominanz Israels über das palästinensische Volk wahrgenommen. Das israelfeindliche Weltbild misst dagegen dem islamistischen Charakter der *Hisbollah* oder der Tatsache, dass es zu deren erklärten Zielen gehört, Israel zu zerstören, keine Bedeutung bei.

Beide skizzierten Pole prägen die Diskussion. Auf der einen Seite steht somit die Israelsolidarität, die den Konflikt vorrangig durch den Antisemitismusrahmen wahrnimmt und entsprechend Israels Recht auf Ver-

⁴ Christine Buchholz, „Im Krieg muss sich die Linke positionieren“, in: junge Welt vom 15. August 2006, S. 2.

⁵ Quelle: Archiv des Autors.

teidigung, nicht aber seine Besatzerrolle im Nahostkonflikt thematisiert. Den anderen Pol bilden die israelkritischen Kräfte, die im „Besetzungsframe“ vor allem das Machtungleichgewicht und die miserable Lebenssituation der Palästinenserinnen und Palästinenser hervorheben. Sie laden das Spannungsgefüge zusätzlich mit antiimperialistischer Ideologie auf und perpetuieren damit eine weltpolitische Situation aus der Zeit des Kalten Krieges. Die Dimension des Antisemitismus und die Bedrohung der israelischen Bevölkerung (etwa durch Raketen der *Hamas* oder der *Hisbollah*) werden ausgeblendet.

Die innerlinke Auseinandersetzung erreichte insbesondere in der radikalen Linken während der Zweiten Intifada ein Eskalationsniveau, das nicht wenige Aktivistinnen und Aktivisten veranlasste, sich von dem Thema gänzlich abzuwenden. Zu groß war das Risiko persönlicher und unter Umständen auch physischer Verletzung. Die Konfrontation verstellte den Blick darauf, dass die Mehrheit der Linken in der Bundesrepublik heute eine zentristische oder vermittelnde Position einnimmt. Bei ihnen vereint sich die Kritik an der israelischen Besatzung mit der Forderung, das israelische Existenzrecht zu garantieren, und gleichermaßen mit einer kritischen Distanz zum Agieren von Palästinenserinnen und Palästinensern gegenüber der israelischen Zivilbevölkerung, insbesondere zu Selbstmordattentaten und Raketenbeschuss.

Damit wären wir beim dritten prominenten Deutungsrahmen, der „deutschen Verantwortung“. Die moralische Pflicht, für Israel und die Jüdinnen und Juden einzustehen, wird aus der Erfahrung mit Nationalsozialismus und Schoah abgeleitet. Abgesehen von traditionell-linken, antiimperialistischen Positionen ist die Brille, durch die der Konflikt wahrgenommen wird, stark auf Israel fokussiert. Das liegt in der Zentralität der Erinnerung an die Zeit zwischen 1933 und 1945 für die deutsche politische Kultur und deren Verknüpfung mit dem Nahostthema begründet.⁶ Aus der Verantwortung wird häufig der besondere Einsatz für die gesicherte Existenz Israels abgeleitet, und auch die Bewertung der Kritikerinnen und Kritiker Israels erfolgt fast ausschließlich aus diesem erinnerungspolitischen Blickwinkel. Nahezu konsensuell wird betont, dass es wichtig sei, das israelische Existenzrecht zu akzeptieren und zu sichern. Sowohl israelsolidarische als auch neutrale und selbst pro-palästinensische Kräf-

⁶ Vgl. dazu ausführlich Peter Ullrich, Antisemitismus, Shoa und deutsche Verantwortung. Die (Nach-) Wirkungen des Nationalsozialismus im Nahostdiskurs, in: Königsweg der Befreiung oder Sackgasse der Geschichte? BDS - Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Annäherungen an eine aktuelle Nahostdebatte, Berlin 2011, S. 23-38, 41-42.

te argumentieren so. Nur radikale antimperialistisch-antizionistische Positionen lassen sich aufgrund des dominanten Antiimperialismus auf das genannte Deutungsmuster nicht ein. In ihnen wird die Meinung vertreten, der Staat Israel sei im Grunde illegitim. Selbst Vertreterinnen und Vertreter von Parteien wie der DKP, die grundsätzlich dem leninistischen Antiimperialismus folgen, haben ihre Sicht jedoch mittlerweile um den Aspekt des Bekenntnisses zum „Existenzrecht Israels“ erweitert – Ausdruck eines intergenerationalen Lernprozesses. Das aus spezifischen deutschen Erfahrungen resultierende Deutungsmuster mit seiner dominant pro-israelischen Haltung konkurriert jedoch auch mit der (eher pro-palästinensischen) Sicht im Besatzungsframe. Die gleichzeitige Präsenz, Konkurrenz und Inkompatibilität von Deutungsrahmen führen dazu, dass die Positionen im deutschen Diskurs immer im Fluss bleiben, nie abgeschlossen sind.

Die britische Linke

Gänzlich anders als in Deutschland stellt sich die Situation in Großbritannien dar. Die britische Linke sieht den Nahostkonflikt vorwiegend durch das Deutungsmuster Besatzung. Sie stellt sich mehrheitlich auf die Seite der Palästinenserinnen und Palästinenser. Umstritten ist nicht, mit welcher Konfliktpartei man sich identifiziert, sondern nur, wie weit die Unterstützung der Palästinenserinnen und Palästinenser reicht und welche konkrete Lösung des Konfliktes man anstrebt. Umstritten ist beispielsweise die Haltung zu Selbstmordattentaten. Wenn diese in der Regel auch nicht gutgeheißen werden, vertreten manche Aktivistinnen und Aktivisten doch eine so genannte *no comment*-Position.

Die wichtigere Auseinandersetzung ist die über die angestrebte Lösung des Konfliktes: Ein- oder Zwei-Staaten-Lösung? Diese Frage berührt für Teile der britischen Linken Grundfragen ihrer politischen Identität. Dabei sei festgehalten, dass die Linke, auch ein Teil der Linken in der *Labour Party*, recht traditionell bzw. von einem leninistischen Antiimperialismus geprägt ist. Die Szenerie wird dominiert von trotzkistischen Parteien wie der *Socialist Workers Party* (SWP), die tonangebend im Umgang mit dem Nahostkonflikt ist. Der leninistische Antiimperialismus fußt auf der Annahme eines weltweit virulenten Imperialismus als Kennzeichen der aktuellen kapitalistischen Gesellschaftsformation. Im Gegensatz zu anderen Kapitalismusanalysen werden dem Antiimperialismus nicht das Kapitalverhältnis oder der Klassenkampf als zentraler Fokus gesellschaftlicher Auseinandersetzung, sondern der Kampf zwischen den

großen weltpolitischen Lagern zugrunde gelegt. Das Lager des Imperialismus wird stets unter Führung der Hauptmacht USA verstanden. Das Gegenlager ist weniger klar definiert. Zumeist werden ihm verschiedene Länder, Bewegungen, Gruppierungen, vor allem jedoch die um ihre Befreiung von imperialistischer Dominanz kämpfenden Völker zugeordnet. Für die Antiimperialisten gilt es, das antiimperialistische Lager zu „erkennen“, um es entsprechend zu unterstützen. Eigene Fehler oder interne Probleme dieser Kräfte werden nur sehr begrenzt kritisiert, um die antiimperialistische Einheitsfront nicht zu gefährden.

Die dominanten Kräfte der britischen Linken nehmen den Nahostkonflikt innerhalb des Besatzungsrahmens und insbesondere in seiner eben skizzierten antiimperialistischen Ausformung wahr. Es handelt sich somit um einen Fall, in dem Ideologie und Deutungsmuster ineinander fallen. Diese Deutung wirkt auch auf andere Aktivistinnen und Aktivisten, die das ideologische Konstrukt des Antiimperialismus nicht in Gänze mittragen, den Nahostkonflikt jedoch in gleicher Weise strukturiert wahrnehmen. Die Nähe Israels zu den USA und das offensichtliche ökonomische und militärische Machtungleichgewicht der Konfliktparteien lassen den Konflikt als eine Front des Kampfes zwischen beiden Weltlagern erscheinen. Alle Ereignisse werden in diese Deutung eingeordnet. Die Schuld wird grundsätzlich Israel zugewiesen; die Palästinenserinnen und Palästinenser werden primär als Opfer und weit weniger als eigenständige Akteure gesehen.

Nur marginale Gruppierungen der britischen Linken argumentieren nicht von einer prinzipiell israelfeindlichen Position aus. Sie deuten den Konflikt vorzugsweise mit Blick auf den Antisemitismus bzw. im Kontext des Deutungsmusters „demokratische Lösung“. Innerhalb dieses Rahmens wird darüber diskutiert, welche Konfliktseite nationale Selbstbestimmung beanspruchen kann. Die eine Position innerhalb dieses Deutungsmusters sieht in der Zwei-Staaten-Lösung die bestmögliche Verwirklichung der Rechte aller Beteiligten, während die Gegenseite einen binationalen demokratischen jüdisch-palästinensischen Staat fordert und dabei besonders die palästinensischen Rechte betont. Besonders wichtig ist das genannte Deutungsmuster für die trotzkistische *Alliance for Workers Liberty* (AWL). Sie kritisiert immer wieder die übrigen Linken und wirft ihnen Antizionismus und Antisemitismus vor. Seit Beginn der Antikriegsproteste kritisiert sie das Zusammengehen von Linkskräften mit islamischen und islamistischen Gruppen und insbesondere die neue Antikriegspartei *Respect*. Gleichermäßen widerspricht sie der *Socialist Workers Party* bzw. deren israelfeindlichen Positionen. Ihr politi-

scher Standort ist keineswegs mit einer simplen pro-israelischen Identifikation zu verwechseln. Vielmehr wird Israel ob seiner Besatzungspolitik und hinsichtlich der Situation in den besetzten Gebieten von der AWL vehement kritisiert. Die prinzipielle Differenz zur antizionistischen Position anderer Linker besteht im expliziten Bekenntnis zum Existenzrecht Israels, ausgedrückt in der programmatischen Forderung „Two nations, two states“, die sie als eigentliche demokratische Lösung des Konfliktes ansieht.

In den letzten Jahren haben sich weitere Initiativen herausgebildet, die das Thema Nahostkonflikt bzw. den linken Umgang mit ihm zum eigentlichen Thema machen. Zu ihnen gehört *Engage*. Die Gruppe besteht vor allem aus Akademikerinnen und Akademikern und fand sich zusammen, als zwei Universitätsgewerkschaften beschlossen, israelische Universitäten zu boykottieren. Aus der Empörung über die Boykott-Beschlüsse wurde mittlerweile eine permanente Arbeit mit dem Ziel, Antisemitismus, insbesondere in der Linken, zu bekämpfen. Ähnlich wie der AWL geht es auch *Engage* darum zu zeigen, dass das Antisemitische im Antizionismus daran festzumachen sei, dass Israel *wie kein anderes Land* immer wieder Zielscheibe der Kritik wird. Der Antizionismus mit seinen doppelten Standards werde zur aktuellen Ausprägung des Antisemitismus.

Eine weitere Initiative hat sogar ein Echo auf internationaler Ebene gefunden. Im *Euston Manifesto*⁷ geht es nicht nur um Israel. Vielmehr sollen grundlegende Prinzipien einer progressiven Politik formuliert werden. Das Manifest wendet sich eindeutig gegen Kulturrelativismus in Fragen der Menschenrechte sowie gegen Antiamerikanismus und Antizionismus. Angeprangert wird auch die falsche Rücksicht gegenüber totalitären Bewegungen und Terrorismus, die von Linken nicht selten als antiimperialistisch wahrgenommen würden und daher allzu oft damit rechnen könnten, dass bei ihren oft reaktionären Inhalten ein Auge zuge-drückt werde.

Israelkritik, Antizionismus, Antisemitismus und Philosemitismus

Der Kern der Debatte um den „neuen Antisemitismus“ besteht in der Frage, wo die Grenze zwischen legitimer Kritik an Israel und Antisemitismus liegt. Ergänzt werden müsste das um die Frage nach den Grenzen zwischen berechtigter Kritik am arabisch-palästinensischen Widerstand und einem

antimuslimischen, antiarabischen oder antipalästinensischen Rassismus. Bei der linken Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt haben wir es in der Tat neben Positionen, die aus einem universalistischen, oft menschenrechtsfundierten Hintergrund herrühren, mit drei Problemfeldern zu tun.⁸ Als solche könnten der Philosemitismus, der häufig mit antiarabischen oder antiislamischen Positionen einhergeht, der Antizionismus und der Antisemitismus benannt werden. Gerade zwischen den beiden letztgenannten Phänomenen wird häufig unzureichend und manchmal auch zu sehr unterschieden. Tatsächlich wird deutlich, dass die Übergänge eher fließend sind, oder es eine Grauzone zwischen Solidarität und Ressentiment gibt.

Philosemitismus und „Philoisraelismus“

Unter Philosemitismus wird gewöhnlich eine Sicht verstanden, die Jüdinnen und Juden diskriminiert, allerdings gleichsam positiv und „wertschätzend“. Solche Positionen existierten schon lange im protestantischen Christentum, im deutschen Nachkriegs-Konservatismus, aber auch in der Linken. Mit den Antideutschen hat sich der Philosemitismus innerhalb der Linken erneut institutionalisiert. Seine Repräsentantinnen und Repräsentanten ergreifen auch im Konflikt explizit und radikal Partei für Israel. Sie schmücken sich ostentativ mit Israelfahnen bzw. identifizieren sich mit dem mehrheitlich jüdischen Staat bis hin zum Verdikt eines namhaften Vertreters dieser Richtung, dass jedwede Israelkritik antisemitisch sei.⁹ Antisemitismus wird somit zum wesentlichen Deutungsmuster, innerhalb dessen den Ereignissen in der Welt Relevanz zugewiesen wird. Damit verbindet sich die fehlende Bereitschaft, andere Sichten und Aspekte zu würdigen.

Von der Identifizierung mit Israel („Philoisraelismus“) ausgehend erfolgte bei einem Teil der Strömung zusätzlich eine weitgehend emotional fundierte Identifikation mit Jüdischem per se. So ist die *Jüdische Allgemeine* häufig gelesenes Blatt, der Davidstern viel verwendetes Symbol. In antideutschen Zeitschriften wird die Quelle des Linksseins im „jüdischen Denken“ gefunden. Die besondere Würdigung bzw. Hervorhebung Israels wird mit einer säkularisierten Heilserwartung verknüpft, in der der jüdische Staat als „erste gelungene Abschlagszahlung für den Kommunis-

⁸ Vgl. dazu Peter Ullrich, *Begrenzter Universalismus. Sozialismus, Kommunismus, Arbeiter(innen)bewegung und ihr schwieriges Verhältnis zu Judentum und Nahostkonflikt*, Berlin 2007.

⁹ Joachim Bruhn, „Jede Kritik an Israel ist antisemitisch“, <http://www.ca-ira.net/isf/beitraege/pdf/bruhn-kritik.israel.pdf> [14.10.2011].

mus“ (J. Bruhn) gilt. Rechts-Links-Differenzierungen, auch bezogen auf Israel, werden einer weitgehenden Homogenisierung geopfert. Besonders deutlich wird die skizzierte Haltung, wenn ein Antideutscher – wie geschehen – sich die Emailadresse *yabotinsky@...* gibt und sich auf diese Weise mit der revisionistischen, den Palästinenserinnen und Palästinensern besonders rassistisch gesinnten Variante des Zionismus solidarisiert.¹⁰

Das Gefährliche am Philosemitismus ist nicht so sehr seine spezifische Wahrnehmung alles Jüdischen oder Israelischen, sondern die damit einhergehende Diskriminierung aller, die als Gegner von Israelis bzw. von Jüdinnen und Juden generell perzipiert werden. Illustriert sei das am Beispiel der Diskussionen über die Sperranlagen (von den einen „Zaun“, von den anderen „Apartheidmauer“ genannt), die zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten erbaut wurden. Das Bauwerk, teilweise tatsächlich ein Zaun mit breitem Sicherheitstreifen, teilweise eine bis zu acht Meter hohe Zementbarriere, soll, so die israelischen Bauherren, Selbstmordanschläge verhindern. Dieser Argumentation haben sich die Antideutschen angeschlossen und den Mauerbau stets unterstützt. Dass die Mauer – wie Kritik von links betont – eine Kapitulation vor der Gewaltförmigkeit des Konfliktes bedeutet, dass sie viele Palästinenserinnen und Palästinenser von der Außenwelt isoliert oder sie von ihrer Lebensgrundlage (z. B. Feldern) bzw. von ihren Bekannten und Verwandten abschneidet – und dass sie komplett auf besetztem palästinensischen Territorium erbaut wurde – alle diese Fakten haben in der Wahrnehmung vieler Antideutscher keinen Platz oder werden billigend in Kauf genommen.

Die benannten Positionen finden sich fast ausschließlich in der deutschen Linken. Sie sind nur über die spezifisch deutschen Erfahrungen und Befindlichkeiten zu erklären. Die historisch grundierte Israelsolidarität ist Ausdruck eines fragilen Arrangements innerhalb der deutschen politischen Kultur. Die aus der Schoah folgende grundsätzliche Problematik und innere Widersprüchlichkeit deutscher nationaler Identität und Staatlichkeit werden oberflächlich und floskelhaft legitimatorisch abzusichern gesucht. Britische Linke mit vergleichbaren Positionen zum Nahostdiskurs kann man im wahrsten Wortsinne an einer Hand abzählen.

Übergänge: Die Grauzone zwischen Antizionismus und Antisemitismus

Ein bedeutender Teil der britischen und ein etwas geringerer Teil der deutschen Linken bekennen sich offen und explizit zum Antizionismus. Letzterer gilt dabei nicht als anstößig. Das Etikett „Antizionist“ wird vielmehr mit gleicher Selbstverständlichkeit als Selbstbezeichnung verstanden wie der Begriff „Zionist“ für die Gegenseite. Betont wird dagegen immer wieder, dass zwischen Antizionismus und Antisemitismus genau zu unterscheiden sei. Nur aus dieser abwehrenden Haltung wird Antisemitismus vom antizionistischen Lager überhaupt thematisiert. Der Antisemitismusvorwurf wird von seinen Vertreterinnen und Vertretern als unberechtigtes oder bewusst der Denunziation dienendes Mittel zurückgewiesen. Eine Auseinandersetzung mit der Frage, ob die Verdächtigung des Antisemitismus zumindest einen gewissen rationalen Kern haben könne oder tatsächliche Schwierigkeiten linker Weltbilder widerspiegeln, erfolgt selten. Die Abwehr des Vorwurfs erfolgt umso reflexhafter, als er vielfach nicht nur von links, sondern insbesondere von der *Mainstream*-Presse oder von polemisierenden Ex-Linken vorgebracht wird - von Akteuren somit, die oft zugleich andere linke Essentials (wie eine konsequente Friedenspolitik) aufgegeben haben und deswegen von traditionellen linken Akteuren per se nicht als glaubwürdig anerkannt werden.

Auch unter antizionistischen britischen Linken finden sich kaum Protagonisten, die explizit antijüdische Vorurteile oder Antipathien äußern. Dennoch existieren Verbindungen bzw. politische Anschlussmöglichkeiten zwischen Antizionismus und Antisemitismus. Dazu gehören z. B. die Ungleichbehandlung und Dämonisierung Israels, ein (möglicherweise unbewusstes) Aufgreifen antijüdischer Stereotype oder Kooperation mit antisemitischen Akteuren (bzw. Zurückhaltung in der Kritik dieser).

Die benannte Ungleichbehandlung Israels ist bei linken britischen Kritikerinnen und Kritikern ein Ansatzpunkt, antizionistische Positionen infrage zu stellen. Als innerhalb der Gewerkschaften z. B. Anstrengungen unternommen wurden, israelische Hochschulen zu boykottieren, wiesen sie darauf hin, dass bisher keine linke Organisation auf die Idee gekommen sei, etwa saudi-arabische Universitäten mit dem Argument zu boykottieren, sie würden Frauen diskriminieren oder sie seien autoritär, rückständig und undemokratisch. Im Falle Israels dagegen würden alle möglichen Verdächtigungen vorgebracht. Die Bedenken, hinter der Ungleichbehandlung Israels verberge sich nicht primär Mitgefühl gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensen-

sern in den besetzten Gebieten, scheint berechtigt, wenn man sich die Publizistik der antizionistischen Linken zum Nahostkonflikt anschaut.

Verwiesen sei auf eine Broschüre der *Socialist Workers Party* mit dem Titel „Israel: The Hijack State“ von John Rose aus dem Jahre 1986, durch die SWP 2002 erneut veröffentlicht. Bereits ein Jahr später erfolgte eine weitere Neuauflage.¹¹ Schon die Gestaltung des Titelbildes fügt sich in die antisemitische Ikonographie ein. Auf dem Buchcover werden die USA von einem grässlichen Hund gezogen, der Israel darstellt. Das Bild enthält gleich mehrere antisemitische Topoi: Israel wird als wildgewordener Hund verunglimpft, mit scharfen Krallen und schrecklichen Zähnen, vor Blut triefend wie eine Bestie. Die USA erscheinen als schwacher *Uncle Sam*, der ein großes Dollarzeichen am Hute trägt. In die gleiche Richtung weisen die Stellungnahmen der interviewten SWP-Vertreter, in denen Israel als „watchdog of imperialism“ bezeichnet wird.

Obwohl die antisemitische Sinnstruktur in o. g. Beispiel klar erkennbar ist, weisen die Verantwortlichen den Vorwurf des Antisemitismus weit von sich. Zu Recht muss daher betont werden, dass es sich um ein überindividuelles Phänomen (angesiedelt auf der Diskursebene) und nicht um ein psychopathologisches Problem handelt. Spricht man mit radikalen Antizionistinnen und Antizionisten dieser Couleur, so wird man feststellen, dass sie sich subjektiv keines Antisemitismus bewusst sind; sie behaupten sogar mit Fug und Recht, keinerlei antijüdische Gefühle zu hegen. Dennoch reproduzieren sie Bilder, die beispielsweise semantische Strukturen des Antisemitismus aufgreifen, auch wenn sie zeitgleich weitere diskursive Anschlussmöglichkeiten eröffnen.

Die skizzierten Positionen werden beim Blick in den Text noch deutlicher. Dort wird behauptet, die Geschichte Israels sei dadurch einzigartig, dass „no modern state has been established by means of expropriation of an entire people“. Israel wird apostrophiert als „the terrorist state“. Zionismus und Antisemitismus werden nicht als Gegensatz, sondern als Zwillinge angesehen. Die größte Zuspitzung findet die antizionistische Weltsicht in der Bezeichnung Israels als „oppressor nation“.

Von Anbeginn hatte die kommunistische Bewegung besondere Schwierigkeiten mit der Anerkennung eines jüdischen Nationalismus. Der Zionismus wurde, anders als andere Nationalismen, als Ablenkung vom

¹¹ John Rose, *Israel: The Hijack State. Americas Watchdog in the Middle East. A Socialist Workers Pamphlet* (1986), London 2003.

Klassenkampf gesehen. Den Hintergrund bildeten in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und vor der Shoah die Erwartung der Revolution und die Hoffnung auf den Kommunismus. Letzterer würde alle religiösen oder nationalen Partikularismen überwinden.¹² Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde die Ungleichbehandlung der jüdischen nationalen Bestrebungen sichtbar, jedoch mit einer strikt universalistischen Begründung. Die heutigen antiimperialistischen Kräfte unterstützen explizit nationale Befreiungskämpfe, haben jedoch nicht das Ziel, die Nation als Vergesellschaftungsform aufzuheben. Einzig die israelischen Jüdinnen und Juden werden im radikalen antiimperialistischen Antizionismus davon – zumindest implizit – ausgenommen.

Das dargestellte Grundmuster zeigt sich in vielerlei Gestalt. So ist in der britischen linken Szene (dies offenbarte sich in vielen Interviews mit betreffende Aktiven¹³), anders als in der deutschen, von Ängsten, Wünschen oder Interessen der Israelis kaum die Rede. Sie werden, von Ausnahmen abgesehen, schlicht nicht erörtert. Wer im britischen linken Diskurs, wie dies z. B. die AWL oder die *Communist Party of Great Britain* tun, „nationale Selbstbestimmung“ sowohl für die Palästinenserinnen und Palästinenser als auch für die jüdischen Israelis fordert, wird hart angegriffen.

Die undifferenzierte Kennzeichnung aller Israelis als Mitglieder einer Unterdrückernation durch den radikalen Antizionismus bedeutet die pauschale Aburteilung einer ganzen Gruppe von Menschen, deren interne Vielfalt nicht mehr wahrgenommen wird. Diese Sicht lässt sich nur aufrechterhalten, wenn man über einen Antizionismus als Weltbild verfügt – eine Position, die sich mit Differenzierungen schwer tut. Parallel dazu fehlt jede Einsicht in die Anteile der palästinensischen Seite am Zustandekommen und an der konkreten Entwicklung des Israel-Palästina-Konflikts. Damit sei nicht dem Argument gleich großer Schuld das Wort geredet. Dennoch verschließt sich Antizionismus als Weltbild nicht nur den Interessen und Bedürfnissen der Israelis, sondern auch den Fehlern und selbst verantworteten Misständen der palästinensischen Seite.

Eine der offensichtlichsten Schnittstellen der Linken zum Antisemitismus ergibt sich aus der unmittelbaren Kooperation mit antisemitischen Akteuren, getreu dem Motto: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“. Der im Zuge der Antikriegsproteste etablierten Koalition zwischen britischen

¹² Vgl. Mario Kessler, *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933*, Berlin 1994.

¹³ Vgl. Ullrich, *Die Linke, Israel und Palästina*, a.a.O.

Linkskräften, sei es aus den *Labour*-Linken, der SWP, der *Communist Party of Britain* oder der *Campaign for Nuclear Disarmement*, mit islamischen Vereinigungen wie der *Muslim Association of Britain* erwuchs sogar eine neue Partei: *Respect – The Unity Coalition*. Im Rahmen der skizzierten Zusammenarbeit tauchten auf linken Demonstrationen antisemitische Sprechchöre auf wie „Down, Down JewSA“. Auf Plakaten erschien der Davidstern, verwoben mit dem Hakenkreuz. Ein darauf angesprochenes führendes Mitglied der *Stop The War Coalition* bekundete, dass es nicht gelungen sei, die Vorfälle zu unterbinden.¹⁴ Das verweist zumindest auf eine – im Vergleich zur deutschen Situation – unkontrollierte Laxheit im Umgang mit dem Antisemitismus.

Beispiel für eine nicht mehr nur als lax zu bezeichnende Konzilianz ist der von Linken hofierte Islamist Azzam Tamimi, der selbst Selbstmordattentate gerechtfertigt haben soll.¹⁵ Wie die linke Zeitschrift *Weekly Worker* berichtet, nimmt Tamimi in Bezug auf Israel kein Blatt vor den Mund: „Something will be done about Israel. We will fight until they are no more there“.¹⁶ Offen unterstützt der gestandene Islamist *Hisbollah* und *Hamas*. Auf der SWP-Konferenz „Marxism“ im Jahre 2006 bekannte er vor Hunderten linker Aktivisten: „I’ve been a member of the Muslim Brotherhood all my life. I am a staunch supporter of Hamas. And I am proud of it“.¹⁷ Die Reaktion des Publikums auf das Bekenntnis zu einer als autoritär, fundamentalistisch, frauenfeindlich, antiliberal und antisemitisch bekannten Organisation waren Zustimmung und begeisterter Beifall.

Auf der überindividuellen Ebene wird somit offensichtlich Anschluss an den Antisemitismus geschaffen, ohne dass unter den Akteuren subjektiver Antisemitismus nötig wäre. Dies schlägt zumeist nicht in generalisierte antijüdische Gefühle oder gar Judenhass um, weswegen der Begriff Antisemitismus immer mit Vorsicht zu gebrauchen ist. Der weltbildhafte Antizionismus weist aber oft klar erkennbare rassistische Komponenten auf, z. B. wenn er aufgrund seiner pro-palästinensischen Brille die Differenziertheit unter jüdischen Israelis nicht beachtet, einseitig Schuld zuweist und klar antisemitische Akteure hofiert.

¹⁴ Ebd. S. 270.

¹⁵ Ben Taylor, „Firebrand Islamic academic: ‘dying for your beliefs is just’“, Daily Mail vom 20. August 2006.

¹⁶ Tina Becker, High on rhetoric, low on solutions, *Weekly Worker* 634, 2006, S. 6.

¹⁷ Vgl. Peter Ullrich, „Vielleicht doch kein Satan“, *Jungle World* 30/2006, S. 13.

Universalismus und Kontingenz

Infolge seiner Komplexität lässt sich der Nahostkonflikt, wie manche der am Diskurs Beteiligten es gerne tun, selbstverständlich nicht auf die Dimension des Antisemitismus reduzieren. Der Versuch, mit dem betreffenden Schlagwort alles erklären und verstehen zu wollen, wie es antideutsche oder andere israelfreundliche Statements nahelegen, ist fragwürdig, da wichtige Ursachen und Ebenen des realen Spannungsverhältnisses ausgespart werden. Dazu gehören, neben dem Leid der unter Besatzung lebenden palästinensischen Bevölkerung, vor allem die menschen- und völkerrechtlichen Aspekte des Konflikts oder seine geopolitische Dimension. Andererseits können seine ideologische Überdeterminiertheit und seine Metaausstrahlung in Form eines „innerlinken Nahostkonfliktes“ nicht ignoriert werden. Diese ideologische Überdeterminierung zeigt sich in den diskursiven Anschlüssen des Antizionismus an den Antisemitismus oder – unter anderen Vorzeichen – in den rassistischen Aspekten des Philosemitismus.

Nicht zuletzt die Verknüpfung der dargestellten Thematik mit anderen linken Konfliktfeldern (z. B. dem Irakkrieg) erschwerte bislang eine ernsthafte Auseinandersetzung. Hinzu kommt die Notwendigkeit einer Reflexion überkommener dichotomer Weltbilder (z. B. eines platten Antimperialismus sowjetkommunistischer Färbung) und der spezifisch nationalen Prägungen und ihrer Folgen für die Herausbildung linker Weltbilder. So hat die starke pro-palästinensische Identifikation britischer Linker z. B. ihre Ursache nicht nur in der Virulenz des Antimperialismus, sondern auch in anderen nationalen Randbedingungen politischer Sozialisation. Insbesondere die (post)koloniale Erfahrung im ehemaligen *Empire* verstärkte antirassistische Haltungen, damit jedoch auch Vorurteile gegenüber dem westlich-weißen Israel, dessen Herausbildung und Staatswerdung immerhin unter britischer Mandats Herrschaft erfolgten. Parallel dazu ist die besondere Sensibilität gegenüber dem Antisemitismus innerhalb von Teilen der deutschen Linken ein Resultat deutscher Erfahrung. Die jeweiligen besonderen Sensibilitäten können jedoch, wie gezeigt, mit besonderer Unsensibilität gegenüber anderen Gruppen einhergehen.

Es könnte gewinnbringend sein, die themenbezogenen Positionierungen deutscher und britischer Linker in einen nicht durch nationale Enge begrenzten Dialog zu überführen. Dieser sollte von beiderseitiger Lernbereitschaft und insbesondere auch von dem Willen geprägt sein, die ei-

genen politischen Sozialisationsbedingungen kritisch zu hinterfragen. Dadurch könnte die Einsicht befördert werden, dass die eigene Haltung, weit weniger als es der üblichen (Selbst-)Wahrnehmung entspricht, nicht nur Ergebnis bewusster theoretischer Überlegungen ist, sondern dass sie durch die Zufälligkeiten der eigenen Herkunft mitbestimmt wird.

Die eigenen Positionen sind also kontingent, d. h. nicht zwangsläufig, von Zufällen und nicht leicht durchschaubaren Aspekten mitgeprägt. Dies zu beachten ist wichtig, nicht zuletzt wegen blinder Flecken als Folgen der eigenen Sozialisation, die einen Angriff auf den Universalismus der linken Emanzipationshoffnungen darstellen können. Die Gefahr besteht, dass, z. B. strategischen Überlegungen geschuldet, die legitimen Interessen bestimmter Gruppen auf dem Altar der Identifikation mit anderen geopfert werden.¹⁸ Die dahinter stehende Identitätslogik muss deshalb in die Reflexion einbezogen werden! Eine komplexere Position, die sich klar mit Jüdinnen und Juden gegen Antisemitismus und mit Palästinenserinnen und Palästinensern gegen Besatzung solidarisiert und die davon nicht überfordert ist, ist keineswegs selbstverständlich, weil die zugespitzte Diskursdynamik immer wieder simple manichäische Solidaritäten produziert.

Die Schlussfolgerung kann nur lauten, dass die Linke eine universalistische Menschenrechtskonzeption braucht, die gleichermaßen allgemeine und Partikularinteressen berücksichtigt. Andernfalls läuft sie Gefahr, durch Wahrnehmung von Gruppeninteressen die eigenen humanistischen Grundlagen zu untergraben. Solche Konzeptionen folgen aber nicht primär aus der Theorie. Sie entstehen aus konkreten, historisch spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen (z. B. Widersprüchen im nationalen Diskurs oder Konfrontation mit anderen Positionen im internationalen Dialog). Die jeweiligen Bedingungen können dazu beitragen, unterschiedliche Reflexions- und Lernprozesse anzustoßen. Dabei wäre oberstes Ziel, der Linken die eigenen Grenzen und Beschränktheiten, nicht zuletzt auch die (nationale) Exklusivität ihrer Solidaritäten, vor Augen zu führen.

**Ausgewählte Dokumente
der Partei DIE LINKE**





Position zum Nahostkonflikt

*Beschluss der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag
vom 20. April 2010*

Für DIE LINKE gilt, dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und gegen jede Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg hat. Diese Verantwortung ist nicht relativierbar; sie schließt das Bemühen um einen palästinensischen Staat und die Garantie des Existenzrechts Israels ein.

Wir sehen uns in einer Doppelverantwortung und sind mit den Menschen in Israel und Palästina solidarisch. Eine einseitige Parteinahme in diesem Konflikt wird nicht zu seiner Lösung beitragen.

Für uns ist der Maßstab das internationale Völker- und Menschenrecht, das für alle Staaten und Konfliktparteien zu gelten hat. Jegliche Gewaltanwendung der beteiligten Parteien wird von uns verurteilt.

Die umfangreichen finanziellen Unterstützungen der Bundesregierung und der Europäischen Union für die Palästinenser können dazu beitragen, die humanitäre Katastrophe im Gazastreifen und im Westjordanland abzufedern. Dennoch stellt die israelische Besatzung, die noch immer bestehende Abriegelung des Gazastreifens, die zu einem systematischen Mangel an Nahrungsmitteln, Brennstoffen und an elementaren technischen Mitteln führt, eine Kollektivstrafe für die 1,5 Millionen Menschen in Gaza dar, die das Völkerrecht ausdrücklich verbietet. Die Besatzung wird zwar mit diesem Geld erträglicher gemacht. Darin liegt jedoch ein grundsätzliches Dilemma: Humanitäre Hilfe ist notwendig, andererseits wird die Besatzung damit indirekt unterstützt. Es hat sich gezeigt, dass diese Geldzuwendungen einen politischen Prozess nicht ersetzen können. Es ist zu beklagen, dass die Bundesrepublik ebenso wie die anderen europäischen Staaten, die USA und die UNO Israel bei seinen fortgesetzten und anhaltenden Verstößen gegen das Völkerrecht und gegen das humanitäre Völkerrecht jahrzehntelang gewähren ließen. Aus dem jüngsten Krieg im Gazastreifen sind jetzt endlich die richtigen Schlüsse zu ziehen: Eine politische Wende ist erforderlich, um zu Frieden und Sicherheit zu gelangen.

Eine Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt ist nicht auf militärischem Wege zu erzielen, sondern nur durch ernsthafte und aufrichtige

Verhandlungen zwischen allen Beteiligten, wie sie bisher trotz aller Konferenzaktivitäten nicht stattgefunden haben. Eine endgültige, gerechte und dauerhafte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts wird nur erzielt werden, wenn die Zwei-Staaten-Lösung umgesetzt wird.

D.h.

- die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates mit völkerrechtlich verbindlichen, von allen Beteiligten anerkannten, sicheren Grenzen, mit einem zusammenhängenden Territorium im Westjordanland auf der Grundlage der Grenzen von 1967, dem Gaza-Streifen und Ostjerusalem als Hauptstadt, einschließlich der Möglichkeit eines einvernehmlichen Gebietsaustausches mit Israel. Ferner muss der palästinensische Staat über wirtschaftliche und soziale Lebensfähigkeit und über die Kontrolle der eigenen Ressourcen, wie Land und Wasser, sowie frei zugängliche und sichere Verkehrswege zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen verfügen

und

- die Anerkennung eines sicheren Existenzrechts Israels und eines palästinensischen Staates von allen Beteiligten in völkerrechtlich verbindlich festgelegten sicheren Grenzen und

- eine umfassende Regelung für alle palästinensischen Flüchtlinge auf der Grundlage der Resolution Nr. 194 der UN-Generalversammlung oder/und den Vorschlägen der Genfer Initiative. Dabei muss ein Weg zwischen Rückkehr und Entschädigung gefunden werden.

Forderungen

Erste notwendige Schritte auf dem Weg zu einer friedlichen Lösung:

- der sofortige Stopp des Siedlungsbaus und der Landkonfiskation in den besetzten Gebieten einschließlich Ost-Jerusalem und seines Umlandes,

- das sofortige Ende des palästinensischen Raketenbeschusses auf israelisches Territorium und der israelischen militärischen Angriffe auf palästinensisches Gebiet,

- das Ende der Besatzungspolitik Israels, die Öffnung der Grenzen zum Gazastreifen und die Aufhebung der über 650 Check-Points,

- die Beendigung des Mauerbaus auf palästinensischem Territorium und Abbau oder Rückbau auf israelisches Gebiet entsprechend dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes von 2004,

- die Freilassung der politischen Gefangenen auf beiden Seiten, was insbesondere die Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Schalit, des palästinensischen Abgeordneten Marwan Barghuti sowie der anderen Mitglieder des palästinensischen Parlaments und der Mehrzahl der über

8000 in israelischen Gefängnissen einsitzenden Palästinenser bedeutet,

- die Einbeziehung der Hamas in politische Gespräche und die Aufhebung ihres Boykotts,
- die internationale Untersuchung der Kriegsführung auf Verletzung des Völkerrechts im Gaza-Krieg.

Forderungen an die Bundesregierung

Wir fordern von der Bundesregierung eine sofortige und eindeutige Abkehr von ihrer gescheiterten Politik im Nahostkonflikt.

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Bundesregierung nachdrücklich auf,

- sich in der EU und in der Zusammenarbeit mit Israel namentlich und vernehmlich für die Durchsetzung der Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates einzusetzen,

- sich bei Verstößen gegen das allgemeine Völkerrecht und gegen das humanitäre Völkerrecht – egal von welcher Seite – unmissverständlich auf die Seite des Völkerrechts zu stellen,

- die Beratung des Goldstone-Berichtes, der beiden Seiten Verstöße gegen die Menschenrechte im Gaza-Krieg vorhält, nicht zu blockieren,

- Israel und andere Staaten der Region nicht länger mit Waffen zu beliefern und politisch für einen atomwaffenfreien Nahen Osten sowie für die Nichtweiterverbreitung atomarer Waffen einzutreten,

- die in Kairo begonnenen Bemühungen um eine Aussöhnung der Palästinenser untereinander zu unterstützen und eine neu gebildete palästinensische Regierung, egal wie sie aussieht, zu akzeptieren,

- sich für die Zwei-Staaten-Lösung im oben genannten Sinne einzusetzen,

- sich innerhalb der EU dafür einzusetzen, dass die gegen den Gazastreifen verhängte Wirtschaftsblockade sofort aufgehoben wird,

- sich für die Aufhebung der Unterscheidung zwischen den Zonen A, B und C der Westbank und die sofortige Übergabe dieser Gebiete durch Israel an die Palästinensische Autonomiebehörde einzusetzen,

- sich in der EU für die Einhaltung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel, insbesondere der Menschenrechtsklausel, einzusetzen und sich dazu zu verpflichten, bei Verletzungen entsprechende Maßnahmen, bis hin zur Aussetzung des Abkommens, anzumahnen. Eine Ausweitung der Beziehungen zwischen der EU und Israel muss genutzt werden, um die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, die Beendigung der humanitären Krise in Gaza und in den besetzten palästinensischen Gebieten, ein wirkliches Engagement für eine umfassende Friedensregelung sowie die uneingeschränkte Umsetzung des Interim-Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der PLO

durchzusetzen,

- eine Friedenskonferenz für den Nahen Osten nach dem Vorbild des KSZE-Friedensprozesses mitzuintitieren, an der alle Staaten und Konfliktparteien beteiligt werden, auch Libanon, Syrien und Iran,
- sich für eine Beendigung der Besetzung der völkerrechtlich zu Syrien gehörenden Golan-Höhen und der zum Libanon gehörenden Shebaa-Farmen einzusetzen und dazu direkte Verhandlungen Israels mit Syrien und dem Libanon zu befördern,
- ein deutsch-israelisch-palästinensisches Jugendwerk zur israelisch-palästinensischen Aussöhnung ins Leben zu rufen,
- ein Programm vorzulegen und zu finanzieren, welches die Umsetzung der UNO-Resolution 1325 im Verhandlungsprozess Israel – Palästina unterstützt,
- sich in der internationalen Staatengemeinschaft für eine dem Marshallplan ähnliche Initiative für den Wiederaufbau in Palästina einzusetzen,
- bei Verhandlungen mit der Hamas sich dafür einzusetzen, dass aus ihrer Charta die Punkte gestrichen werden, die das Existenzrecht Israels bestreiten bzw. in Zweifel ziehen.

Quelle: <http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/position-fraktion-linke-nahost-konflikt/>

DIE LINKE weist Antisemitismus-Vorwürfe zurück

*Erklärung des Parteivorstands der Partei DIE LINKE
vom 21. Mai 2011*

Es gehört zum Bestand LINKER Grundpositionen, gegen jede Form von Antisemitismus in der Gesellschaft vorzugehen. Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute nicht und niemals einen Platz. DIE LINKE tritt – wie auch die Demonstration am 19.2.2011 in Dresden wieder beispielhaft zeigte – mit Partnern entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und rechtsextremistische Handlungen auf.

Beschlusslage der LINKEN ist, „dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und gegen jede Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg hat. Diese Verantwortung ist nicht relativierbar; sie schließt das Bemühen um einen palästinensischen Staat und die Garantie des Existenzrechtes Israels ein. Wir sehen uns in einer Doppelverantwortung und sind mit den Menschen in Israel und Palästina solidarisch. Eine einseitige Parteinahme in diesem Konflikt wird nicht zu seiner Lösung beitragen. (...)“ (aus dem Beschluss der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag vom 20. April 2010).

In Richtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 zielt auch der Vorschlag des US-Präsidenten Obama. DIE LINKE tritt für Gewaltverzicht auf diesem Wege ein. Die LINKE will Waffenexporte in den Nahen Osten unterbinden.

Boykottkampagnen gegen israelische Waren halten wir in Deutschland vor dem Hintergrund unserer spezifischen Geschichte für ein völlig ungeeignetes Mittel der Auseinandersetzung mit israelischer Regierungspolitik und beteiligen uns nicht daran. Wir weisen zurück, wenn berechtigte Kritik an der Politik der israelischen Regierung in Antisemitismus umgedeutet wird. Ebenso weisen wir Vorwürfe eines angeblichen Vormarsches antisemitischer Positionen in der LINKEN zurück.

Quelle: <http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand20102012/beschluesse/linkeweistantisemitismusvorwuerfezurueck/>

Entschieden gegen Antisemitismus

*Beschluss der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag
vom 7. Juni 2011*

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE werden auch in Zukunft gegen jede Form von Antisemitismus in der Gesellschaft vorgehen. Rechts-Extremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute und niemals einen Platz. Die Fraktion DIE LINKE tritt daher entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und rechtsextremistische Handlungen auf.

Die Mitglieder der Bundestagsfraktion erklären, bei all unserer Meinungsvielfalt und unter Hervorhebung des Beschlusses des Parteivorstandes gegen Antisemitismus vom 21. Mai 2011:

Wir werden uns weder an Initiativen zum Nahost-Konflikt, die eine Ein-Staaten-Lösung für Palästina und Israel fordern, noch an Boykottaufrufen gegen israelische Produkte noch an der diesjährigen Fahrt einer „Gaza-Flottille“ beteiligen.

Wir erwarten von unseren persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeitern, sich für diese Positionen einzusetzen.

Quelle: <http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/entschieden-gegen-antisemitismus-2011-06-07>

Offener Brief von acht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vom 12. Juni 2011

Wir, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Mitglieder der Partei DIE LINKE, appellieren eindringlich an jene Bundestagsabgeordneten unserer Partei, die den mehrheitlich verabschiedeten Beschluss der Fraktion zum Antisemitismus nicht mittragen wollen. Wir rufen sie auf, ihre ablehnende Haltung zu korrigieren. Dieser Beschluss vom 21. Mai wendet sich gegen jede Beteiligung von Funktions- oder Mandatsträgern unserer Partei an politischen Aktionen, die das Existenzrecht Israels zur Disposition stellen, zum Boykott israelischer Waren aufrufen und die Gaza-Flottille unterstützen.

Eine Ablehnung dieses von politischer Vernunft getragenen Beschlusses hat zwar für die Ereignisse im Nahen Osten keine Bedeutung, ist jedoch von großer Bedeutung für die Arbeit deutscher, israelischer und palästinensischer Linker. In Deutschland führt eine Ablehnung des Fraktionsbeschlusses zum Verlust an Glaubwürdigkeit bei vielen unserer Partner. Diese haben mit Recht betont, dass DIE LINKE aus Fehlern ihrer Vorgängerpartei SED gelernt hat. In Israel schädigt diese Ablehnung alle, die aus leidvoller Geschichte keine nationalistischen, sondern internationalistische Lehren gezogen haben. Auch unter den Palästinensern fühlen sich die nationalistischen, antisozialistischen Kräfte bestätigt, gegen die unsere Bündnispartner einen schweren und ungleichen Kampf führen.

Der Beschluss der Bundestagsfraktion ist kein Zurückweichen vor den Angriffen unserer politischen Gegner in Deutschland. Soweit diese in der CDU und FDP beheimatet sind, sollten sie besser die Geschichte ihrer Parteien aufarbeiten, die nach 1945 viele Jahre alten Nazis in demokratischer Verkleidung politische Karrieren ermöglichten.

Unser Offener Brief bedeutet in keiner Weise, dass wir die schwere Mitschuld verkleinern, die die israelische Rechte und ihre falschen Freunde für die heutige Lage im Nahen Osten tragen. Ebenso wenig verkennen wir, dass eine islamistische Organisation wie die Hamas, die von den iranischen Reaktionären unterstützt wird, nicht unser Bündnispartner sein kann. Vor diesbezüglichen Illusionen müssen wir warnen. Doch bilden wir uns nicht ein, unsere israelischen und palästinensischen Freunde darüber belehren zu können, was sie zu tun haben.

Wir werden auch in Zukunft im internationalistischen Geist für eine gerechte Lösung des Nahostkonfliktes eintreten. Das bedeutet eine Unterstützung für die Zweistaaten-Lösung entsprechend der UN-Charta und die Ablehnung des Boykotts israelischer oder palästinensischer Produkte. Vor allem aber wenden wir uns gegen Antisemitismus und Antiarabismus.

Prof. Dr. Theodor Bergmann, Stuttgart
Dr. Waltraut Engelberg, Berlin
Prof. Dr. Jürgen Hofmann, Berlin
Prof. Dr. Mario Keßler, Berlin
Dr. Wilfriede Otto, Berlin
Prof. Dr. Siegfried Prokop, Bernau bei Berlin
Prof. Dr. Jörg Roesler, Berlin
Prof. em. Dr. Anni Seidl, Berlin

Quelle: Neues Deutschland, 21. Juni 2011.

Kritik an israelischer Regierungspolitik ist kein Antisemitismus

Beschluss der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag vom 28. Juni 2011

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE werden auch in Zukunft gegen jede Form von Antisemitismus in der Gesellschaft vorgehen. Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei heute und niemals einen Platz. Die Fraktion DIE LINKE tritt daher entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und rechtsextremistische Handlungen auf.

Die Mitglieder der Bundestagsfraktion erklären, bei all unserer Meinungsvielfalt und unter Hervorhebung des Beschlusses des Parteivorstandes gegen Antisemitismus vom 21. Mai 2011:

Wir werden als Linke weiterhin die Politik der israelischen Regierungen gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern öffentlich kritisieren, wann immer dies wegen deren Völker- und Menschenrechtswidrigkeit notwendig ist. Das betrifft die israelische Besatzungspolitik, die Blockade gegenüber dem Gazastreifen und die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten ebenso wie die Weigerung der israelischen Regierung, konstruktiv an einer Zweistaatenlösung mitzuwirken, stattdessen diese zu erschweren.

Es ist nicht hinnehmbar, wenn einer derartigen Kritik an der Politik der israelischen Regierung mit dem Vorwurf des Antisemitismus begegnet wird. Wir werden nicht zulassen, dass Mitglieder unserer Fraktion und Partei öffentlich als Antisemiten denunziert werden, wenn sie eine solche Politik der israelischen Regierung kritisieren.

Die inflationäre Verwendung des Begriffs des Antisemitismus schadet dem Kampf gegen ihn.

Wir erwarten von unseren persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeitern, sich für diese Positionen einzusetzen.

Quelle: Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, 29. Juni 2011



Kurzbiografien der Autoren



Mario Keßler

Geboren 1955 in Jena; Studium der Geschichte und Germanistik in Jena und Leipzig; Promotion 1982; Habilitation 1990; wissenschaftliche Mitarbeit u. a. an der Akademie der Wissenschaften in Berlin (1987 – 1991) und am Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam (seit 1996); seit 2005 Professor an der Universität Potsdam; Lehrtätigkeit bzw. Gastprofessuren an den Universitäten Massachusetts at Amherst (2003), New York (Yeshiva University, 2005/06, 2008/09, 2012), Jerusalem (2007), Columbus State University (2009/10) und Harvard University (2010/11).

Forschungsschwerpunkte: Deutsche und internationale Arbeiterbewegung; Antisemitismus, Antizionismus, Sozialismus; Exil und Nachexil deutscher Wissenschaftler; Kommunismuskritik u. a.

Ausgewählte Buchpublikationen:

- Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993.
- Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993 (Hg.).
- Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897 – 1933, Berlin 1994.
- Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert, Hamburg 2002.
- Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943), Köln/Weimar/Wien 2003.
- Ein Funken Hoffnung. Verwicklungen: Antisemitismus, Nahost, Stalinismus, Hamburg 2004.
- Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1909-1998), Köln/Weimar/Wien 2007.
- Historia magistra vitae? Über Geschichtswissenschaft und politische Bildung, Berlin 2010.

Klaus Lederer

Geboren 1974 in Schwerin; Studium der Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin (1992 – 1998); Promotion zum Dr. jur. 2004 (ausgezeichnet mit dem Carl-Goerdeler-Preis des Deutschen Instituts für Urbanistik); seit 2003 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses; seit 2005 Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE (vorher PDS, Linkspartei.PDS) in Berlin.

Forschungsschwerpunkte: Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Recht der öffentlichen Wirtschaft, Demokratie und öffentliche Verwaltung, LSBTTI-Rechte.

Ausgewählte Buchpublikationen:

- Strukturwandel bei kommunalen Wasserdienstleistungen: eine Untersuchung aus verwaltungswirtschaftlicher Perspektive, Berlin 2004.
- Linke Metropolenpolitik, Münster 2011 (Koautor und -herausgeber).
- Corporate Social Responsibility in kommunalen Unternehmen, Wiesbaden 2011 (Koautor und -herausgeber).

Peter Ullrich

Geboren 1976 in Naumburg/Saale; Studium der Kulturwissenschaften, Germanistik und Soziologie in Leipzig (1996 – 2002); Promotionen zum Dr. phil. (2007) und Dr. rer. med. (2011).

Forschungsschwerpunkte: Politische und Medizinische Soziologie (Linke und Nahostkonflikt, Antisemitismus und Antizionismus; Soziale Bewegungen; Surveillance Studies, Prävention & Subjektivierung).

Ausgewählte Buch- und Zeitschriftenpublikationen:

- Begrenzter Universalismus. Sozialismus, Kommunismus, Arbeiter(innen)bewegung und ihr schwieriges Verhältnis zu Judentum und Nahostkonflikt, Berlin 2007.
- Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik, Berlin 2008 (Mitherausgeber).
- Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Berlin 2008.
- Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung, Münster 2009 (Mitherausgeber).
- Prevent and Tame. Protest under (Self-)Control, Berlin 2010 (Co-editor).
- Königsweg der Befreiung oder Sackgasse der Geschichte? BDS | Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Annäherungen an eine aktuelle Debatte, Berlin 2011 (Koautor).
- Ist „DIE LINKE“ antisemitisch? Über Grauzonen der „Israelkritik“ und ihre Kritiker, in: Zeitschrift für Politik 58 (4), S. 424-441 (Koautor).
- Antisemitismus, Shoa und deutsche Verantwortung. Die Nachwirkungen des Nationalsozialismus im deutschen Nahostdiskurs, in: Vogler, Kathrin; Forberg, Martin; Ullrich, Peter: Königsweg der Befreiung oder Sackgasse der Geschichte? BDS | Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Annäherungen an eine aktuelle Debatte, Berlin 2011.